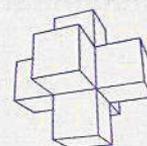


**FDP**  
Die Liberalen

69



# SCHWEIZER FREISINN

Schweizerische Nationalbibliothek NB  
Bibliothèque nationale suisse BN  
Biblioteca nazionale svizzera BN  
Biblioteca nazionale svizra BN

Aus den Kantonen Jungfreisinnige	2/3/4/5 8	Interview Agrarpolitik	11/12 14	Unter Freisinnigen Energiepolitik	16 17	Delegiertenversammlung Abstimmungen	18/19 21
-------------------------------------	--------------	---------------------------	-------------	--------------------------------------	----------	--	-------------

34. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP/Die Liberalen

## Inhalt

### Wahlen in den Kantonen

Ob in Basel-Stadt, Aargau oder St. Gallen: In diversen Kantonen stand ein Wahl-Herbst an. Mit kreativen Ideen sorgten die Kandidierenden landauf, landab für medienwirksame Auftritte und konnten viele Wähler ansprechen. Erfahren Sie mehr über den kantonalen Wahlkampf auf den

Seiten 3 und 4

### Trauriger Abschied

Die FDP musste am 22. September von ihrem Nationalrat und guten Kollegen Peter Malama Abschied nehmen. Das Basler Unikat erlag mit nur 51 Jahren mitten in der Session seinem Krebsleiden. Über die Parteigrenzen hinweg löste sein Tod Trauer und Bestürzung aus. Der Schweizer Freisinn würdigt Peter Malama und seine Arbeit im Nationalrat.

Seite 13

### Minder-Initiative

Die «Initiative gegen die Abzockerei», welche im März 2013 zur Abstimmung gelangt, fordert massive Eingriffe ins liberale Aktienrecht der Schweiz. Nationalrätin Christa Markwalder erklärt, warum sie gegen die Minder-Initiative ist und in welchen Bereichen diese unserem Land schaden wird.

Seite 19

### Tiger-Teilersatz

## «Einen Blindflug können wir uns nicht leisten»

Mit der Kritik am Verfahren zur Beschaffung neuer Kampfflieger für die Schweizer Luftwaffe hat die FDP für einiges Aufsehen gesorgt. In einem Brief an Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf fordert Parteipräsident Philipp Müller, zusammen mit den Präsidenten der CVP, BDP und GLP Klärung der zahlreichen offenen Fragen. Im Interview mit dem «Schweizer Freisinn» erklärt Philipp Müller, dass für die FDP die Notwendigkeit von neuen Kampffliegern immer noch gegeben ist, er sich aber weigert, die Katze im Sack zu kaufen.

Seite 20



«Wir haben immer klar gesagt, dass wir für neue Kampffjets einstehen.»

## Der Neue im Nationalrat

Am 10. September 2012 wurde der Luzerner Parteipräsident und Kantonsrat Peter Schilliger als Nachfolger des verstorbenen Otto Ineichen im Nationalrat vereidigt. Der Wechsel ins eidgenössische Parlament ist der Höhepunkt einer politischen Karriere, welche vor über 20 Jahren in Udligenswil ihren Anfang nahm.

Der 53-jährige Luzerner ist Mitinhaber und CEO der Herzooog Haus-technik AG in Luzern sowie Zentralpräsident des Schweizerischen Gebäudetechnikverbandes suissetec.

Wie sein Vorgänger wird er Einsitz in die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur nehmen. Stark machen möchte sich Peter Schilliger für die Berufsbildung, die ihm auf-



Peter Schilliger bei der Vereidigung im Bundeshaus.

grund seiner beruflichen und politischen Erfahrung besonders am Herzen liegt.

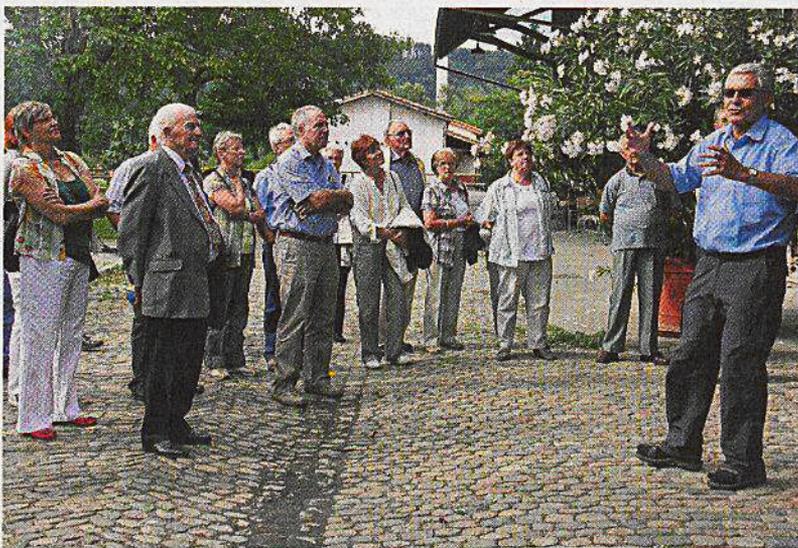
Seine politische Karriere startete Peter Schilliger vor über zwanzig Jahren als Gemeinderat von Udligenswil, den er ab 2000 bis 2011 präsidierte. 2003 schaffte er den Einzug ins kantonale Parlament. Nach rund fünf Jahren als Mitglied des Kantonsrates wagte er den nächsten Schritt und übernahm das Präsidium der FDP-Kantonalpartei. Das Mandat als Kantonsrat gibt er Ende Oktober ab, als Präsident wird er den Luzerner Liberalen aber erhalten bleiben. Wir wünschen Peter Schilliger alles Gute und viel Freude für die neue Herausforderung!

## Besuch des Legionärspfad in Vindonissa

Zum dritten Anlass in diesem Jahr konnte Hans Ulrich Fischer wiederum rund 30 Seniorinnen und Senioren der FDP Aargau begrüßen. Der älteste Teilnehmer war über 90 Jahre alt. Das Doppelprogramm mit anschliessendem Imbiss führte in die Offiziersmesse der vor 2000 Jahren in Vindonissa stationierten römischen Legionen.

### Peter Hess

Angeregt vom ehemaligen Ständerat und Regierungsrat Thomas Pfisterer, welcher die wichtigsten und interessantesten Örtlichkeiten des «Legionärspfad» kenntnisreich gleich selber begleitete, wurden wir zurückgeführt in eine Zeit, in der die Schweiz noch viele Jahrhunderte keine eigene Nation war. Die Errungenschaften und die kulturelle Stufe der Römer nach dem Zerfall ihres Reiches und ihres Rückzuges aus unseren Gefilden konnte von der damals hiesigen Bevölkerung nicht übernommen werden. Erst Jahrhunderte später wurden die Überreste der zahlreichen Gutshöfe, Städte und Kasernen, soweit diese noch vorhanden waren und nicht zu anderen Zwecken verwendet wurden, wieder gefunden, ausgegraben und soweit möglich wieder hergestellt zum Zweck weltgeschichtlicher Studien.



Auf dem Legionärspfad – die Seniorengruppe der FDP Aargau.

Es muss demzufolge heute erkannt werden, dass hier eine fremde, hochentwickelte Kultur gelebt hat, welche den einheimischen Völkern weit voraus war, deren Errungenschaften und

technischen Kenntnisse nicht übernommen werden konnten.

Wer die weitläufige Anlage mit den wichtigsten Grabungsstätten nicht oder nur teilweise zu begehen ver-

mochte, konnte sich der kundigen Führung von Grossrat Titus Meier anschliessen, der seinen faszinierten Zuhörerinnen und Zuhörern das Kasernenleben der damaligen Zeit erläuterte. Zum Abschluss der Besichtigungen führte Barbara Stüssi-Lauterburg die FDP Senioren und Seniorinnen in die Klosterkirche mit habsburgischen Wurzeln, in der sie der Gruppe die weltberühmten Glasmalereien näher brachte.

Zum Abschluss des Anlasses wurde der Rückblick auf die Vergangenheit mit ihrem wichtigen geschichtlichen Hintergrund in der nach römischen Vorbild nachgebauten Offiziersmesse der Legionäre fortgesetzt mit einem mehr als frugalen Imbiss und damit der Genugtuung und Gewissheit, dass auch wir unterdessen unsere Entwicklung zu Höhepunkten gebracht haben.

St. Galler Gemeindewahlen

# Stimmen und wertvolle Erfahrungen gesammelt

Am 23. September hat der diesjährige Wahlmarathon im Kanton St. Gallen seinen Abschluss gefunden. Die FDP-Ortsparteien haben einen engagierten Wahlkampf geführt und nebst traditionellen Werbeelementen auch Neues ausprobiert.

**Adrian Schumacher,**  
Geschäftsführer FDP SG

Das Schlussbouquet der St. Galler Gesamterneuerungswahlen hatte es in sich: Am 23. September wurden unter anderem in den über 140 Schul- und politischen Gemeinden die Behörden neu gewählt; entsprechend waren in den vergangenen Monaten auch die FDP-Ortsparteien gefordert. Erfreulich ist, dass die FDP über den ganzen Kanton gesehen die hohe Zahl ihrer Mandate halten konnte und vielerorts mit neuen Kandidierenden die Rolle als Herausforderin wahrgenommen hat. Auch wenn die Angriffe nicht

immer den erhofften Wahlerfolg brachten, werden die FDP-Sektionen auf lange Sicht profitieren – das Gemeinschaftserlebnis und die neu gewonnene Dynamik innerhalb der Ortsparteien sind letztlich von unschätzbarem Wert.

### Raum für Innovationen

Naturgemäss werden die kommunalen Wahlkämpfe hauptsächlich mit konventionellen Werbemitteln geführt: Flyer, Standaktionen, Plakate, Inserate, Leserbriefe und Mitglieder-Mailings generieren Aufmerksamkeit und bleiben auch im Facebook-Zeitalter unverzichtbar.



Mit Standaktionen lassen sich die Wähler erreichen. Zudem stärken sie das Gemeinschaftsgefühl.

Halber Hirsch aus eigener Zucht inkl. Führung durch die private Damhirschzucht

Nach meiner politischen Tätigkeit als Nationalrat habe ich mich voll auf meine unternehmerischen Aktivitäten ausgerichtet. Als Ausgleich zum beruflichen Alltag züchte ich seit 2006 am Rande der Stadt St. Gallen Damhirsche. Gerne führe ich den Höchstbesitzenden (mit Begleitpersonen) durch unsere private Damhirschzucht und übebe ihm zum Abschluss einen halben Hirsch aus eigener Zucht (ca. 10 kg erstklassiges Hirschfleisch, portioniert und vakuumverpackt, tiefgefroren über ein Jahr haltbar).

Start-Angebot CHF 300.00

Direkt zur Versteigerung

Daneben liefern Wahlen jedes Mal auch die Chance, Neues auszuprobieren. So schaltete die FDP Rapperswil-Jona (kostengünstig) Kinowerbung, während in St. Gallen unter Einbezug der Kandidierenden und in Zusammenarbeit mit der Internet-Auktionsplattform ricardo.ch zusätzliche Spendengelder für den Wahlkampf gesammelt wurden. Es ist zu hoffen, dass einige Ideen weiterentwickelt und später erneut eingesetzt werden.

Die Online-Auktion in Zusammenarbeit mit der Internet-Auktionsplattform ricardo.ch und unter Einbezug der Kandidatinnen und Kandidaten gehört zu den innovativen Elementen des St. Galler Gemeindewahlkampfes.

## Wahlen im Kanton Aargau



Stephan Attiger, Regierungsratskandidat.

Der Freisinn engagiert sich mit Regierungsratskandidat Stephan Attiger und mit 140 Kandidierenden für den Grossen Rat in allen Bezirken für einen lebenswerten Aargau. Wir setzen drei Schwerpunkte:

**Finanzen im Griff haben.** Arbeitsplätze schaffen. Die FDP will für alle

Menschen in der Schweiz eine Perspektive. Das heisst vor allem: Arbeit. Den Unternehmen muss mit optimalen Rahmenbedingungen Sorge getragen werden. Die Freisinnigen stehen für eine Finanzpolitik, die Investitionen erlaubt und einen jährlichen Schuldenabbau vollzieht. Zentral ist freies, verantwortungsvolles Unternehmertum unter dem Motto «Innovation statt Subvention». Unsere Infrastrukturpolitik hat zum Ziel, dass bei Verkehr, Energie und Schulen rechtzeitig und umweltschonend die notwendigen Aus- und Neubauten realisiert werden. Die Bildungspolitik soll auf leistungsfähige Aus- und Weiterbildung setzen.

**Kriminalität bekämpfen.** Konsequenz durchgreifen. Sicherheit ist Voraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft. Wir verlangen vom Staat, dass er seine Bürgerinnen



Wahlwerbung immer und überall.

und Bürger schützt und der zunehmenden Kriminalität den Riegel schiebt. Verfahren müssen schneller laufen, Täter rascher bestraft werden. Weiter sind vermehrt Freiheitsstrafen/Sozialeinsätze zu verhängen anstatt Geldbussen.

**Endlich handeln.** Asylchaos stoppen. Die FDP fordert einen konsequenten Vollzug der Asylgesetzgebung. Alle Entscheide müssen innert Wochen statt Jahren fallen. Die Politik hat für die Bereitstellung von geeigneten Armeeunterkünften zur Kontrolle der Asylbewerber bis zum Erstentscheid zu sorgen. Weiter braucht es eine konsequente Politik bei der Drittstaaten-Zuwanderung, welche zu hoch ist. Die Kontingente müssen reduziert werden. Freisinnige wie Nationalrat Philipp Müller fordern seit Jahren einen konsequenteren Vollzug, der Druck auf Bund und Kanton muss erhöht werden.

## Grossratswahlen Basel-Stadt vom 28. Oktober 2012

**Andreas Zappalà,**  
Wahlkampfleiter Basler FDP



Andreas Zappalà, Wahlkampfleiter der Basler FDP.

Am 28. Oktober finden in Basel-Stadt die Gesamterneuerungswahlen in den Regierungsrat und den Grossen Rat statt. Die Basler Zeitung titelte zu Letzteren in ihrer Samstagsausgabe vom 6. Oktober 2012 «Brisante Grossrats-

wahlen – Schon wenige Sitzverschiebungen hätten eine grosse Wirkung».

### Mehrheitsverhältnisse ändern

Im hundertköpfigen Parlament kommen die Bürgerlichen aus FDP, LDP, SVP und CVP heute auf 43 Sitze. Die Basler FDP hat sich zum Ziel gesetzt, die Mehrheitsverhältnisse zu ändern und mit einem Sitzgewinn in jedem Wahlkreis von 11 auf 15 Sitze ihren Beitrag dazu zu leisten. Diese Vorgabe ist sehr ambitioniert, aber aus nachstehenden Gründen nicht unmöglich.

### Ambitionierte Kandidierende mit originellen Wahlkampfaktionen

Ambitionierte und aktive Kandidierende sind das A und O für einen erfolgreichen Wahlkampf. Auf den FDP-Listen befinden sich neben bewährten Kräften viele engagierte Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, welche zu originellen Wahlkampfaktionen angeregt haben. Neben den üblichen Standaktionen und Wahlver-



Vor dem Wahlkampf Anlass «Grill am Rhy» sprangen die FDP-Kandidaten ins kühle Nass.

staltungen wurde – um nur einige Beispiele zu nennen – im Kleinbasel die Stadtreinigung bei ihrer frühmorgendlichen Reinigungstour aktiv unterstützt. Damit wollte man auf das Thema «Littering» aufmerksam machen. Die Kandidierenden in Basel-Westen organisierten ein «Wahlkampfzornige» und führten ein «FDP-

Rheinschwimmen» sowie eine Ballonaktion durch. Bei Letzterer wurden in einer Nacht- und Nebelaktion im ganzen Wahlkreis rote Ballons mit der Internetadresse [www.ausliebezubasel.ch](http://www.ausliebezubasel.ch) angebunden, auf welcher dann eine politische Botschaft platziert wurde.

Die Basler FDP dankt allen Kandidierenden für ihren tollen Einsatz.

# Die sinnvollste Lösung für Uri und die Schweiz

Es ist ein Thema, welches Politiker sowie die Bevölkerung, nicht nur in Uri, gleichermassen entzweit. Die immer wiederkehrende Diskussion um eine zweite Röhre am Gotthard polarisiert.

## Toni Epp, Präsident FDP Uri

Sprichwörtlicher Stein des Anstosses des momentanen Disputs ist dieses Mal die Sanierungsbedürftigkeit des vorhandenen 30-jährigen Gotthardstrassentunnels. Diese Notwendigkeit stellt notabene einen unwiderlegbaren Fakt dar. Die Sanierungsarbeiten, welche laut dem Bundesamt für Strassen (Astra) im Jahr 2019 beginnen sollen, werden geschätzte 900 Tage in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit wird der bestehende Tunnel für den Strassenverkehr vollständig gesperrt sein.

Für die Urner Wirtschaft hätte der damit verbundene Ausfall von Transitgästen, Touristen, Aufträgen usw. immense negative Auswirkungen. Auch dies ist ein Fakt. Der Bundesrat hat dann auch im Frühjahr dieses Jahres entschieden, dass eine Sanierung mit zweiter Röhre ohne Kapazitätserweiterung die Lösung mit dem bestem Kosten-Nutzen-Verhältnis darstellt. Das soeben gegründete Überparteiliche Komitee «Für eine sinnvolle Sanierung des Gotthardstrassentunnels» will an diese Überlegungen anknüpfen. Damit sieht es sich primär als Vertretung und Sprachrohr verschiedenster Urner Interessengruppen und Einzelpersonen, die den Bau einer zweiten Röhre unter Einhaltung des Alpenschutzartikels befürworten.

Pro memoria: Im Mai 2011 lehnten 57 Prozent der Urner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Volksinitiative der JSVP Uri «Für mehr Sicherheit im Gotthardstrassentunnel und eine starke Urner Volkswirtschaft» ab. Damit sprachen sich jedoch rund 43 Prozent der Urnerinnen und Urner für den Bau eines zweiten Gotthardstrassentunnels aus. An den Abstimmungsergebnissen liess sich ablesen, dass insbesondere die Direktbetroffenen aus dem Urner Oberland damals die Sanierungsvariante mit dem Bau eines zweiten Gotthardstrassentunnels befürworteten. Auch im Tessin bildete

sich auf politischer Ebene reger Widerstand gegen die vorgesehene Schliessung, wäre der südlichste Kanton im erwähnten Szenario doch praktisch vollständig vom Rest der Schweiz abgeschnitten. Diese zweifellos vorhandenen ökonomischen und staatspolitischen Anliegen verdienen eine adäquate politische Vertretung.

Das Überparteiliche Komitee «Für eine sinnvolle Sanierung des Gotthardstrassentunnels» setzt sich zusammen aus der *FDP*, *Die Liberalen Uri* und der *SVP Uri* sowie deren beiden Jungparteien. Weiter haben sich auch Exponenten der *CVP Uri* und der Urner Wirtschaft sowie die ehemaligen Bundesparlamentarier Alt Ständerat Hansheiri Inderkum (*CVP*), Alt

Nationalrat Franz Steinegger (*FDP*) und mehrere Alt Landratspräsidenten und Alt Landräte (*FDP* und *CVP*) der Interessengemeinschaft angeschlossen.

Erklärtes Ziel des Komitees ist es, die für sämtliche Beteiligten sinnvollste Lösung im Zusammenhang mit der Sanierung des Gotthardstrassentunnels zu erreichen. Konkret wäre dies der Bau einer zweiten Röhre mit anschliessender Sanierung des bestehenden Tunnels ohne Kapazitätserweiterung. Es ist vorgesehen, dass auch in Zukunft nicht mehr als eine Fahrspur pro Richtung für den Verkehr offen ist. Damit ist diese Variante absolut verfassungskonform, denn sie respektiert den Alpenschutz-

artikel vollumfänglich und führt auch faktisch gesehen nicht zu einer Kapazitätserweiterung. Im Übrigen trägt sie den ökonomischen und ökologischen Verhältnissen des betroffenen Gebiets am Gotthard am meisten Rechnung.

Die Gotthardachse ist die wichtigste alpenquerende Transitverbindung der Schweiz. Daneben stellt sie auch einen immens wichtigen Wirtschaftsfaktor nicht nur für Uri und das Tessin, sondern für die gesamte Schweiz dar. Von einer sachdienlichen und sinnvollen Lösung werden schlussendlich alle profitieren. Das Überparteiliche Komitee «Für eine sinnvolle Sanierung des Gotthardstrassentunnels» steht für dieses Anliegen ein.



Die FDP Uri setzt sich für den Bau einer zweiten Gotthard-Röhre ein, im Sinne einer sachdienlichen Lösung, von der alle profitieren.

Wahlrecht für Auslandschweizerinnen und -schweizer

## Die FDP im Einsatz für E-Voting auf Kantonsebene

Auch wenn es dank Anstrengungen der FDP mit der Einführung des E-Votings auf Bundesebene vorgeht, auf Kantonsebene treffen die Bemühungen der FDP für die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer noch immer auf Widerstand, wie das Beispiel in Basel-Stadt zeigt.

### François Baur, Präsident

Das hätte Baschi Dürr, FDP-Grossrat und Kandidat für den Regierungsrat und das Regierungspräsidium in Basel-Stadt, wohl nicht gedacht, als er am 19. Oktober 2011 eine Motion zur Einführung des Ständeratswahlrechts für Auslandschweizer einbrachte: Die rot-grün dominierte Basler Regierung empfahl dem Grossen Rat die Motion glatt zur Ablehnung.

Baschi Dürr hatte in seiner Begründung offengelassen, ob das Stimm- und Wahlrecht von Auslandschweizern in kantonalen Angelegenheiten sinnvoll sei. So könne unterschiedlich beurteilt werden, ob jemand mit dem Lebensmittelpunkt auf einem anderen Kontinent über die Vorlage einer lokalen Strassenumgestaltung oder ein Gesetz über den hiesigen Nichtraucherschutz mitbestimmen solle. Eine unbestreitbare Anomalie bleibe aber, wenn deswegen den Auslandschweizern auch das Recht verweigert werde, die Mitglieder des Ständerats zu wählen. Die Motion beschränkte sich deshalb vorerst darauf, Schweizerinnen und Schweizern, die sich im Stimmrechtsregister des Kantons Basel-Stadt eingetragen hatten, das Recht zur Wahl eines Ständerates zu gewähren. Damit nahm er eine Empfehlung des Bundesrates an die Kantone auf, Schweizerinnen und Schweizern im Ausland das Ständeratswahlrecht zu öffnen.

Der Regierungsrat Basel-Stadt führte eine ganze Palette von Gründen gegen die Einführung des Ständeratswahlrechts für Auslandschweizer an: So stehe die Möglichkeit der Beteiligung an kantonalen Wahlen von im Ausland wohnenden Personen im Widerspruch zur Anwendung des Terri-



Baschi Dürr, Regierungsrats- und Regierungsratspräsidentkandidat.

torialprinzips (Wahl- und Stimmrecht am Ort des politischen Wohnsitzes). Die Anwendung des Personalprinzips in diesem Rahmen sei ein Anachronismus und widerspreche auch der internationalen Entwicklung, beispielsweise in der EU. Dabei verschwieg er wohlweislich, dass gerade unsere Nachbarstaaten Frankreich und Italien

sowohl das aktive, als auch das passive Wahlrecht für ihre Bürgerinnen und Bürger im Ausland ausgebaut haben und sowohl Französisinnen wie auch Italiener mit Wohnsitz in der Schweiz in den jeweiligen Parlamenten sitzen. Auch Argumente der Mehrkosten, welche durch Steuern zu bezahlen seien, an welchen sich die

Schweizerinnen und Schweizer im Ausland nicht beteiligten, sowie Probleme technischer Art, zum Beispiel bei Majorzwahlen oder das rechtzeitige Versenden der Wahlzettel beim zweiten Wahlgang, wurden angeführt, sind jedoch aufgrund der Möglichkeiten, welche das E-Voting bietet, nicht stichhaltig.

Die Argumentation der baselstädtischen Regierung scheint andere Kantone nicht zu stören: Derzeit kennen zehn Kantone (BE, BL, FR, GE, GR, JU, NE, SO, SZ, TI) ein vollumfängliches kantonales Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, das heisst, sie lassen diese zu Urnengängen in kantonalen Angelegenheiten sowie zu den Ständeratswahlen zu. Der Kanton Zürich verwehrt den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern das Recht, an kantonalen Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, gewährt ihnen jedoch das aktive Ständeratswahlrecht.

Der Regierungsrat Basel-Stadt verkennt, dass sich die Situation der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland grundlegend geändert hat: Aufgrund der Internationalisierung der schweizerischen Wirtschaft verbringt heute eine Mehrheit lediglich einige Jahre im Ausland, um danach zurückzukommen. Das politische Interesse am Heimatland der wichtigsten Botschafter der Schweiz im Ausland sollte unbedingt gewahrt werden. Eine Erweiterung des kantonalen Stimm- und Wahlrechts ist ein gutes Mittel dazu.

Der Grosse Rat der Stadt folgte der Basler Regierung übrigens nicht und überwies die Motion an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert einem Jahr.

Praktikum im Generalsekretariat der FDP. Die Liberalen

## «Leistung und Hingabe statt Kaffeeholen!»

Im Januar 2012 trat Marcel Schuler sein Praktikum bei der FDP. Die Liberalen an. Der 24-jährige Thurgauer ist einer von rund 15 jungen Nachwuchstalenten, welche jährlich auf dem Generalsekretariat erste berufliche und politische Erfahrungen sammeln können.

### Marcel Schuler, Thurgau

Das Generalsekretariat ist in fünf Arbeitsbereiche aufgeteilt. Die Administration, die Kampagnen, die Kommunikation, die politischen Sekretäre und das Sekretariat. Vor neun Monaten begann ich mein Praktikum im Bereich Kommunikation. Eine Zeit voller spannender Erfahrungen und Erlebnisse. Diese Zeit ist nun vorbei. Dies gibt mir die Möglichkeit, ein Fazit zu ziehen und einen Einblick in das omniöse Generalsekretariat zu geben.

Wir alle erinnern uns an unser erstes Auto oder unseren ersten Kuss. Aber erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Arbeitstag? An meinem ersten Tag trat Philipp Hildebrand zurück. Bereits damals war klar, dass ein Praktikum bei der FDP nicht einfach nur Kaffeeholen, sondern Leistung und Hingabe bedeutet. Mein Praktikum und mein erster Tag wird mir für immer in Erinnerung bleiben. Es war eine unvergessliche Zeit.

Zu Beginn des Praktikums setzte ich mir drei Ziele. An diesen drei Zielen kann ich die Tätigkeiten im Bereich Kommunikation der FDP am besten erklären:

#### 1. Positionen – Politisches Gespür erlernen

Um Bürgeranfragen oder Communiqués zu schreiben, ist es wichtig, die Positionen der FDP zu kennen. Nur wer die Positionen kennt, kann auch ohne grosse Recherche eine fundierte und rasche Antwort auf Anfragen geben. Die tägliche Arbeit mit den Positionen ermöglichte es mir, mein politisches Gespür zu verbessern und eine gute Grundlage für die eigene politische Karriere zu schaffen.

#### 2. Netzwerk – persönlichen Zugang zur Fraktion finden

Ein besonders schöner Teil des Prak-



Marcel Schuler bei der Arbeit im Generalsekretariat – der Kontakt mit der Fraktion ist faszinierend.

tikums ist die Zusammenarbeit mit der Fraktion. Es ist faszinierend, die Parlamentarier/innen im Gespräch privat kennen zu lernen und mehr über sie zu erfahren. Sei dies nun beim Sammeln von Unterschriften auf der Strasse, am Telefon oder bei Apéros. Unsere Parlamentarier sind mit Herz und Seele dabei und würden ihr letztes Hemd für die FDP geben.

#### 3. Handwerk – Kriterien für gute Communiqués erkennen

Die Hauptaufgabe im Bereich Kommunikation ist das Verfassen von Communiqués. Es ist wichtig, dass die Entscheidungen, welche getroffen werden, auch die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Es gibt Kriterien, die ein gutes Communiqué ausmachen, und sie bedürfen viel Feingefühl. Jedes Wort muss stimmen. Tragische Momente wie Rücktritte oder Todesfälle lassen sich nicht vermeiden und können einen aus dem Konzept bringen. So denke ich mit Wehmut an den Tod von Otto Ineichen und Peter Malama zurück.



Im Einsatz für die FDP. Während seines Praktikums nahm Marcel Schuler am Alpine Marathon teil – natürlich in den FDP-Farben.

Entscheidungen des Bundesrates oder Aktionen anderer Parteien müssen ohne Vorlaufzeit kommentiert werden können. Manche Communiqués können jedoch aufgrund des Sessionsprogrammes oder guter Planung vorbereitet werden.

Ich bin froh, dass ich meine persönlichen Ziele erreichen konnte. Ich kann auf eine wundervolle Zeit mit

Höhen und Tiefen und auf einzigartige Erfahrungen und Erlebnisse zurückblicken. Ich habe persönlich viel profitiert und konnte mich politisch positionieren. Wer diese Erfahrung auch machen möchte und wissen will, wie Politik wirklich funktioniert, dem kann ich ein Praktikum bei der FDP nur empfehlen – aus Liebe zur Schweiz.

### Praktika bei der FDP Schweiz

Die FDP Schweiz bietet immer wieder Praktika in den Bereichen Kommunikation, Kampagnen und neu auch IT an. Zwischen 6 und 12 Monaten erhalten Interessierte spannende Einblicke in das Generalsekretariat der FDP Schweiz und lernen so die Schweizer Politik und ihre Abläufe direkt und unmittelbar kennen. Sei es die Mitarbeit bei der Kampagnentätigkeit, in der Kommunikation oder Unterstützung bei der Homepage – die Arbeitsfelder der Praktika er-

strecken sich über ein weites Feld. Neben spannenden Aufgabenbereichen bietet die Tätigkeit bei der FDP auch die Möglichkeit, an nationalen Parteianlässen teilzunehmen und so viele interessante Persönlichkeiten kennen zu lernen.

Informationen über neue Praktikumsplätze werden jeweils auf der Homepage der FDP Schweiz publiziert. Auch Blindbewerbungen sind jederzeit willkommen.

Zersiedelung der Schweiz

# Die Jungfreisinnigen über die Zersiedelung der Schweiz und das Raumplanungsgesetz

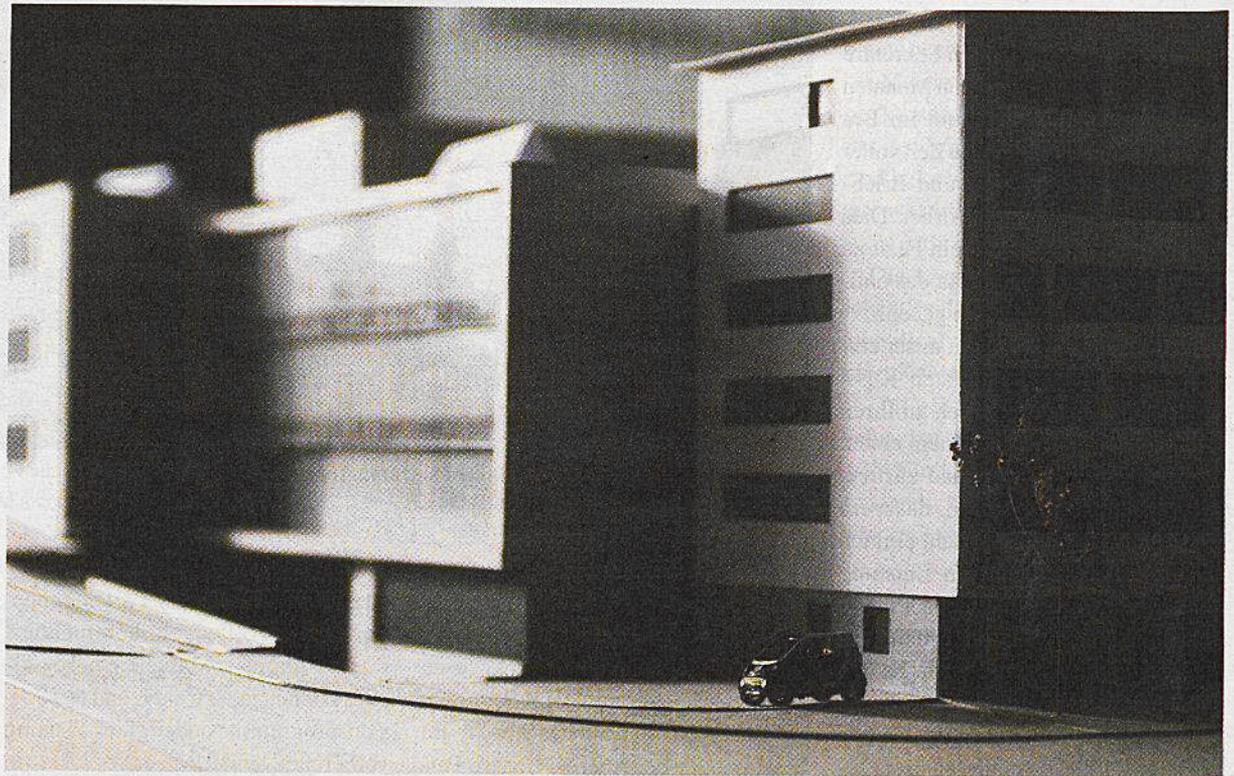
Die Jungfreisinnigen können das Referendum gegen die wirtschaftsfeindliche Revision des Raumplanungsgesetzes nur begrüßen. Zwangsmassnahmen wie Mehrwertabgaben, Rückzonungspflicht und Überbauungsverpflichtung sind nicht das richtige Mittel, um der Problematik der Zersiedelung entgegenzuwirken.

**Leonie Grob, Vorstandsmitglied  
Jungfreisinnige Schweiz**

Die Problematik ist bekannt. Bevölkerungswachstum, Strassenbau im Zusammenhang mit Wohlstandsanstieg, veränderte Lebensstile und staatliche Vergünstigungen wie die Pendlerpauschale führen in der Schweiz zur Zersiedelung, also zu unstrukturiertem und ungeregeltem Wachstum von Ortschaften in unbebauten Raum oder zur Errichtung von Gebäuden ausserhalb von Ortsteilen. Zusammengefasst spricht man von Zersiedelung oder Landverbrauch, wenn die Siedlungsfläche sich schneller ausbreitet als die Bevölkerung wächst. Dies ist in der Schweiz der Fall. Das Wachstum der Bevölkerung mit 18 Prozent seit 1983 steht einem Wachstum von 25 Prozent der Siedlungsfläche gegenüber. Während die eine Seite die Schweiz als künftigen Stadtstaat umjubelt und sich ein aufstrebendes Tertiärwirtschaftswunder à la Singapur oder Hongkong erhofft, wird dies auf der anderen Seite stark kritisiert, gar der Verlust der Unabhängigkeit der Schweiz befürchtet. Zum Teil wird sogar der Erhalt der traditionellen Schweizer Landwirtschaft und Landschaft, schier die Zurückführung zur Subsistenzwirtschaft, gefordert. Inwiefern vom Staat eingegriffen werden muss oder der Prozess der Zersiedelung seinen natürlichen Lauf nehmen soll, bleibt umstritten.

### **Landschaftsverbrauch bringt Probleme mit sich**

Bekannt ist jedoch, dass der Landschaftsverbrauch unter anderem folgende Probleme mit sich bringt: Einerseits wirkt er stark verkehrsfördernd,



Verdichtetes Bauen fördern ja, aber mit den richtigen Mitteln.

da zum Betrieb von öffentlichen Verkehrsmitteln zuweilen keine kritische Menge an Wohnbevölkerung in Agrargebieten vorhanden ist und somit der Einsatz von öffentlichen Verkehrsmitteln nicht gerechtfertigt ist. In diesem Fall muss, in Ermangelung von Alternativen, zwingend auf den Individualverkehr zurückgegriffen werden. Zweitens wirkt er sich negativ auf das soziale Gefüge und die Lebensqualität aus, da vermehrt lange Wege zurückgelegt werden müssen, um wichtige Dienstleistungen und Zentren zu erreichen. Schliesslich führt der Landschaftsverbrauch zum Verlust der Landwirtschaft, welche einen wichtigen Teil der Schweizer Produktion und unsere Unabhängigkeit in Krisenzeiten

ausmacht. Wir brauchen die Landwirtschaft als strategische Landreserve.

### **Falscher Ansatz**

Die Revision des Raumplanungsgesetzes vom 15. Juni versucht zwar der fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten, jedoch mit völlig falschen Mitteln. Das Ziel, verdichtetes Bauen, also Bauen in die Höhe und Tiefe und Überbauung von inaktiven Siedlungen, zu begünstigen, wird verfehlt und mit den geplanten Regulierungen wird sogar in die falsche Richtung gewirkt. Die Einführung von Mehrwertabgaben, die Rückzonungspflicht und die Überbauungsverpflichtung schädigen die Wirtschaft mehr, als dass sie diese unterstützen. Die eigentumsfeindli-

chen und bodenrechtlichen Zwangsmassnahmen stellen nicht das richtige Mittel dar, um gegen den Landschaftsverbrauch vorzugehen. Im Gegenteil: Verdichtetes Bauen wird durch die Verteuerung der Investitionskosten unattraktiv und die Zersiedelung daher sogar noch begünstigt. Auch die Verschiebung der Kompetenz weg von den Gemeinden und Kantonen hin zum Bund liegt nicht im Interesse der föderalistisch denkenden Jungfreisinnigen.

Die wirtschaftsfeindlichen Massnahmen haben dazu geführt, dass innert kürzester Zeit 75 000 Unterschriften gesammelt wurden und das Referendum ergriffen werden konnte. Dies ist ganz im Sinne der Jungfreisinnigen.

Generalversammlung mit «Alex, aber anders»

## Der Service Public trifft sich neu am Stammtisch

Am 8. November lädt die *FDP.Die Liberalen Service Public* zu ihrer Generalversammlung im Saal des «Polit-Forums Käfigturm» ein. Nebst den traditionell an einer Generalversammlung zu handhabenden Geschäften erwartet die Anwesenden auch ein köstlicher Apéro und spannende Gäste.

### Beat Schlatter, Präsident FDP Service Public

Die diesjährige Generalversammlung vom 8. November steht nicht nur unter dem Aspekt des jährlichen statutarischen Zusammentreffens. Durch die Kandidatur unseres Mitglieds Alexandre Schmidt bietet sich uns die Gelegenheit, von ihm persönlich einige Einblicke in den spannenden Wahlkampf um den Stadtberner Gemeinderatssitz zu erhalten. Ein Wahlkampf, der von allen Seiten mit viel Zündstoff beladen wird. Unter dem Slogan «Alex, aber anders» tritt Alexandre Schmidt explizit gegen Alexander Tschäppät an. Dabei entwickelt er seine eigene Vision von Bern, die die vielen Baustellen, welche der amtierende SP-Gemeinderatspräsident Tschäppät hinterlassen hat, endlich aufräumen und beseitigen will. «Freiraum fürs Gewerbe, eine effiziente Verwaltung, weniger Bürokratie und moderne Infrastrukturen – für das stehe ich ein!», fasst Alexandre Schmidt seine Ideen für unsere Hauptstadt zusammen.

### Berner Doppelpack

Alexandre Schmidt kämpft gemeinsam mit Bernhard Eicher um einen Platz im Berner Gemeinderat. Als amtierender Direktor der eidgenössischen Alkoholverwaltung hat sich Alexandre Schmidt einen Namen gemacht, indem er die Totalrevision des Alkoholgesetzes und die Überprüfung des gesamten Alkoholsystems initiiert und durchgeführt hat. Basierend auf seinen Anstössen kommt es im Alkoholsystem zu Vereinheitlichungen im Steuersystem, zu einer markanten Reduktion des administrativen Aufwands und zu einer Vereinfachung des Kontroll-

systems. Im Rahmen seines Wahlkampfes setzt sich Alexandre Schmidt für mehrere Ziele ein. «Doch ich will nicht nur über Projekte reden – ich will sie realisieren!», stellt Alexandre Schmidt klar. Genau so kennt auch der Service Public den 42-Jährigen zweifachen Familienvater.

### Aktives Mitglied des Service Public

Innerhalb der Vereinigung des Service

Public ist Alexandre Schmidt ebenfalls kein unbekannter Name. Auch wenn er im Rahmen seines Wahlkampfes in den letzten Monaten gelegentlich eine Veranstaltung auslassen musste, so ist er doch häufig an den zahlreichen Vorträgen oder Anlässen unserer Gruppierung anzutreffen. So besuchte er auch den letzten Stammtisch vom 10. Oktober 2012, wo wiederum in angeregter Stimmung mehrere Mitglieder des Service Public

die unterschiedlichsten Themen diskutierten.

Ein Anlass übrigens, den wir in Zukunft regelmässig und vor allem in ungezwungener Atmosphäre – gemeinsames Mittagessen und loser Gedankenaustausch – durchführen werden. Selbstverständlich sind alle Mitglieder herzlich willkommen. Die Termine werden per E-Mail verschickt und auf unserer Homepage publiziert.

### Buntes Jahresprogramm

Der regelmässig stattfindende Stammtisch ist nur eine unserer zahlreichen Aktivitäten. Vorträge zu aktuellen politischen Themen gehören ebenso zu unserem Jahresprogramm wie gesellige Anlässe oder kulturelle Veranstaltungen. So werden wir das kommende Vereinsjahr unter das Motto «Politik und Verwaltung» stellen.

Die bunte Mischung unserer Mitglieder, welche sich aus Vertretern der unterschiedlichsten Stufen der nationalen und kantonalen öffentlichen Dienste zusammensetzt, garantiert stets interessante Gespräche, spannende Theorien und die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Die Verbundenheit mit der eidgenössischen Fraktion äussert sich in den gemeinsam abgehaltenen Fraktionsessen jeweils kurz vor Weihnachten und dem Fraktionsapéro im Frühsommer.



Der Berner Gemeinderatskandidat Alexandre Schmidt und der Präsident der FDP Service Public Beat Schlatter.

Neue Gesichter sind bei uns immer gerne gesehen. Für eine Mitgliedschaft und unser Tätigkeitsprogramm besuchen Sie bitte unsere Homepage

[www.fdp-servicepublic.ch](http://www.fdp-servicepublic.ch)

Sessionsbericht

# Eine Session mit Höhen und Tiefen

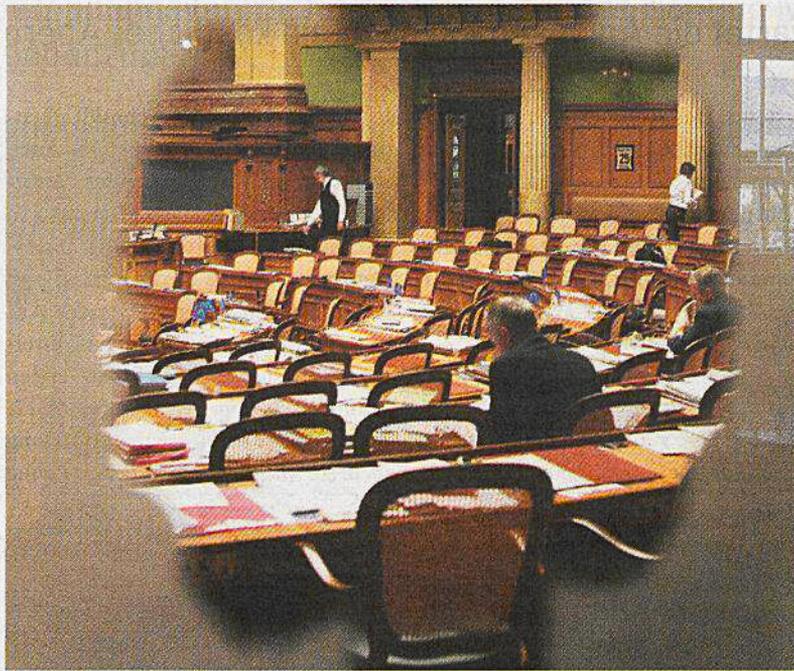
Vom 10. bis 28. September debattierten und diskutierten unsere National- und Ständeräte in Bern an der Herbstsession. Mit pointierten und interessanten Voten und Vorstössen brachte sich die FDP-Fraktion einmal mehr entscheidend in die Session ein.

**Iris Grob, Fraktionssekretärin**

Die Session begann mit der Vereidigung des neuen FDP-Nationalrates Peter Schilliger. Er tritt die Nachfolge des im Juni verstorbenen Otto Ineichen an. Tief betroffen musste die Fraktion gegen Ende der Session von ihrem Kollegen Peter Malama Abschied nehmen, welcher nur 51-jährig seinen tapferen Kampf gegen den Krebs verlor.

Die Asylpolitik war in dieser Session erneut prominentes Thema. Bezüglich der von der FDP eingebrachten Ersetzung der Sozialhilfe durch eine erweiterte Nothilfe für Asylbewerber besteht zwischen den Räten aber noch Diskussionsbedarf.

Dafür wurden kurzfristig mögliche Massnahmen zur Beschleunigung und



Vereinfachung der Asylverfahren in einem dringlichen Beschluss verabschiedet. So treten verschiedene Massnahmen wie die Abschaffung der Botschaftsgesuche oder die bewilligungsfreie Nutzung von Anlagen zur Unterbringung von Asylsuchenden sofort in Kraft.

Nach langem Seilziehen haben National- und Ständeräte die BFI-Botschaft verabschiedet. Gesamthaft sind nun in den nächsten vier Jahren Ausgaben von rund 26,4 Milliarden Franken für Bildung, Forschung und Innovation geplant. Nur mit langfristig steigenden Ausgaben für Forschung und Bildung kann sich die Schweiz ihren Spitzenplatz als Innovations- und Forschungsstandort sichern – namentlich angesichts wachsender Studierendenzahlen.

Die FDP-Fraktion war in dieser Session sehr aktiv und hat verschiedene persönliche und Fraktionsvorstösse eingereicht. Hier eine Auswahl:

› **Interpellation: Umgehend eine Analyse zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Atomausstiegs!**

Bei der Ankündigung des Atomausstiegs wurde vom Bundesrat angekündigt, dass die volkswirtschaftlichen Auswirkungen in der zweiten Hälfte 2011 vertieft analysiert und kommuniziert würden. Bis heute ist diese Analyse immer noch ausstehend!

› **Dringliche Interpellation: Wo steht der Schweizer Finanzplatz in 10 Jahren?**

Angesichts internationaler Steuerfragen und regulatorischer Entwicklungen im Nachgang der Finanzkrise und angesichts der Schuldenkrise in den EU und USA sieht sich der Schweizer Finanzplatz tiefgreifenden Veränderungen gegenüber. Die Stärke und Dynamik unserer gesamten Wirtschaft beruht massgeblich auch auf einem leistungsfähigen Finanzplatz. Wollen wir von diesem

Standortvorteil in Zukunft weiterhin profitieren, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden, damit Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes erhalten bleiben.

› **Postulat Martin Schmid, GR: Unternehmensgründungen in fünf Arbeitstagen und über ein One-Stop-Shop-Verfahren.**

Der Bundesrat wird beauftragt, mit Bundesstellen und Kantonen die Voraussetzungen zu schaffen, dass die öffentliche Hand über zentrale Anlaufstellen Neugründungen im Schnitt innerhalb fünf Arbeitstagen ermöglicht. Durch Koordination und Vereinfachung der gesetzlichen Voraussetzungen sind Unternehmensgründungen zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie unternehmensfreundliche Lösungen zu realisieren.

› **Motion Karin Keller-Sutter, SG: Abschluss eines Rechtshilfeabkommens mit Nigeria. Kokainhandel wirkungsvoll bekämpfen.**

Umfangreiche Ermittlungen haben ergeben, dass nigerianische Drogenhändler erhebliche finanzielle Mittel in ihre Heimat transferieren. Das

Rechtshilfeabkommen soll ermöglichen, dass der nigerianische Staat bei in der Schweiz rechtskräftig verurteilten Personen nigerianischer Nationalität die Vermögenswerte in Nigeria beschlagnahmen kann. Dazu muss die Schweiz Rechtshilfe leisten. Wenn verurteilte Drogenhändler nach ihrer Rückkehr damit rechnen müssen, dass ihre Vermögenswerte (insbesondere Liegenschaften) beschlagnahmt werden, lohnt sich der Kokainhandel in der Schweiz nicht mehr.

› **Postulat: Kein Blindflug bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV.**

Der Bundesrat wird beauftragt, die finanzielle Entwicklung der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV zu prüfen. Insbesondere ist aufzuzeigen, wie die Finanzplanung und die Aufteilung der Finanzierungsverantwortung zwischen Bund und Kantonen beurteilt wurden und welche Entwicklungen nun tatsächlich eingetreten sind. Der Bundesrat soll seine Zukunftserwartungen beschreiben, und es sind Massnahmen für eine bessere Kostensteuerung vorzuschlagen.

# Davos hat seine Hausaufgaben gemacht

Im Juni wurde Tarzisius Caviezel zum neuen Landammann von Davos gewählt. Der frühere Nationalrat und ehemalige Präsident des HC Davos tritt am 1. Januar 2013 die Nachfolge von Hanspeter Michel an. Das Präsidium der Tourismusgemeinde Davos bleibt damit in freisinniger Hand. Im Interview mit dem «Schweizer Freisinn» erklärt Tarzisius Caviezel, wie er sich auf seine neue Aufgabe vorbereitet und welche Ziele er für Davos hat.

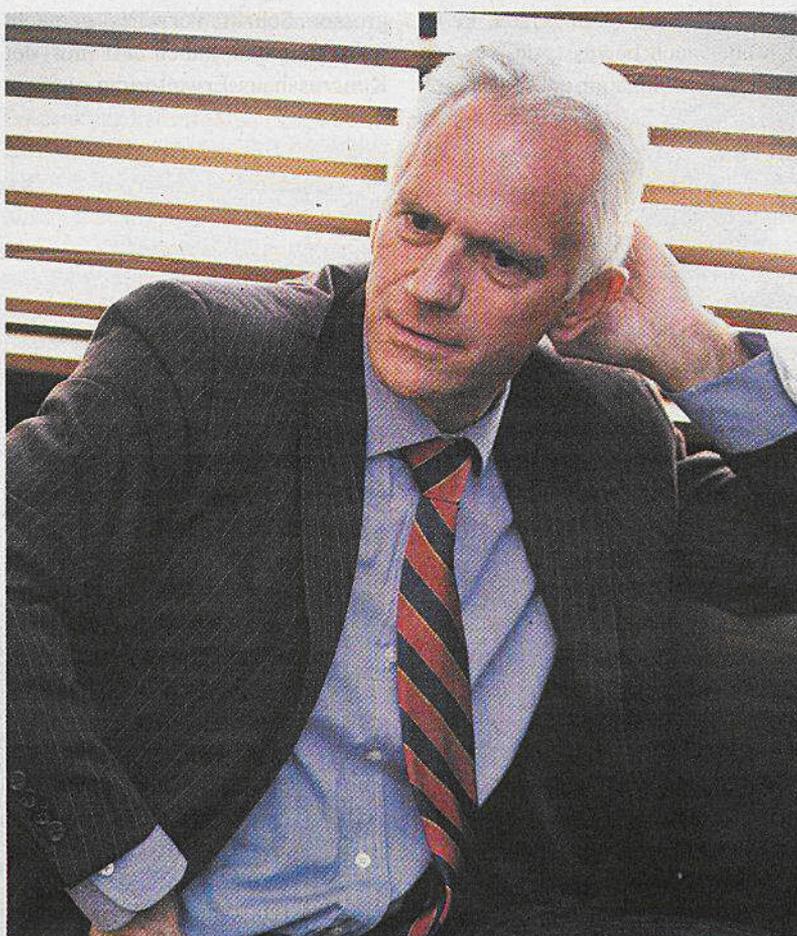
*Herr Caviezel: Wie präsent ist Ihnen Ihre neue Aufgabe schon? Arbeiten Sie sich schon in die anstehenden Aufgaben ein, oder geniessen Sie die politfreiere Zeit?*

Die neue Aufgabe ist mir schon sehr präsent, und das nicht erst seit heute. Ich habe mich bereits im Wahlkampf sehr intensiv mit meiner beruflichen und politischen Neuorientierung beschäftigt. So galt es zuerst, die FDP-interne Nominationswahl gegen einen exekutiverfahrenen Parteikollegen zu gewinnen. Anschliessend folgte der eigentliche Wahlkampf gegen eine altingesessene Davoser BDP-Politikerin. Das war mit vielen öffentlichen Auftritten und persönlichen Kontakten in den verschiedenen Fraktionen der weitläufigen Landschaft Davos verbunden. Das erste Semester war also keineswegs eine politfreie Zeit. Das Gleiche lässt sich vom zweiten Halbjahr sagen. Dieses ist geprägt von zahlreichen Gesprächen mit den Exponenten der jetzigen Exekutive, an denen auch die übrigen neugewählten Mitglieder des Kleinen Landrates teilnehmen. Damit ist sichergestellt, dass meine Ratskollegen und ich optimal vorbereitet in die neue Legislatur gehen.

*Die letzte Saison war stark von den meteorologischen Verhältnissen geprägt. Erst kam der Schnee spät,*

**«Einem ratlosen Gast rate ich zu einem gemütlichen Bummel auf der kilometerlangen Davoser Shoppingmeile namens Promenade.»**

*dann schneite es intensiv, und im Februar hatte eine Kältewelle das Bündlerland im Griff. War der letzte Winter ein Extremfall?*



Tarzisius Caviezel tritt am 1. Januar 2013 das Amt des höchsten Davosers an.

Aus kurzfristiger Sicht vielleicht schon. Wer allerdings die Wetterentwicklung über einige Jahrzehnte verfolgt, wird feststellen, dass es immer wieder zu Verläufen kommt, die von

der Norm abweichen. Davos mit dem Landwassertal und seinen drei teilweise ganzjährig bewohnten Seitentälern ist eine hochalpine Siedlung mit einem

städtischen Kern und zahlreichen Einzelgehöften in der Peripherie. Dank gut gepflegten Schutzwäldern und zusätzlichen Schutzbauten leben wir in Davos und Umgebung heute weitgehend lawinensicher. Das war nicht immer so, und bei Extrem-Schneefällen müssen wir auch heute nötigenfalls zusätzliche Sicherungsmassnahmen anordnen.

*Alles spricht von der Klimaveränderung – war der letzte Winter nur der Vorbote für veränderte Witterungsbedingungen, denen sich Wintersportorte anpassen müssen?*

Die Klimaveränderung ist eine Realität, mit der wir leben lernen müssen. Was den Winter betrifft, ist Davos in einer privilegierten Lage. Der Ortskern befindet sich auf rund 1600 Meter über Meer, die grossen Skigebiete liegen alle über 2000 Meter. Trotzdem sind auch in unserer schneesicheren Region selektive Beschneigungsanlagen ein Muss. Damit können wichtige Pisten früher in Betrieb genommen werden und im Frühling länger in Betrieb bleiben. Die Klimaveränderung beeinflusst aber auch den Sommertourismus. Schmelzende Gletscher und auftauender Permafrost führen zu Veränderungen der Landschaft. Ich denke dabei an Erosion, Überschwemmungen, Murgänge und verschüttete Wanderwege. Das bedingt von Wanderern und Alpinisten entsprechende Wachsamkeit und für die Gemeinde höhere Unterhaltsaufwände bei derartigen Ereignissen.

*Wie könnte diese Anpassung aussehen?*

Davos ist in der glücklichen Lage, seinen Gästen bereits heute ein multifunktionales Angebot bieten zu können. Natürlich stehen die Outdoor-Aktivitäten im Vordergrund. Aber wenn das Wetter oder die Natur einmal nicht mitspielen, verfügen wir für mehrere Sportarten über eine gute Indoor-Infrastruktur: Eislauf, Schwimmen, Reiten, Tennis, Klettern gehören dazu. Daneben kommen auch die Kulturinteressierten auf ihre Rechnung: Kirchner-Museum, Wintersportmuseum und Heimatmuseum sind immer einen Besuch wert. Nicht zu vergessen sind auch die verschiedenen Musikfestivals und zahlreichen Events in den Sparten Kunst, Folklore, Unterhal-

**Fortsetzung auf Seite 12**

### Fortsetzung von Seite 11

Wann alle Stricke reissen, rate ich einem ratlosen Gast (bzw. seiner Frau) zu einem gemütlichen Bummel auf der kilometerlangen Davoser Shoppingmeile namens Promenade.

*Bereits zum zweiten Mal startet Davos in eine Saison mit einem sehr starken Frankenkurs. Spüren Sie deswegen Einbrüche bei den Zahlen ausländischer Touristen?*

Ja, der starke Franken ist ein Grund für rückläufige Frequenzen in Hotels,

folgsstrasse kann ich Ihnen nicht nennen. Wer als Gastro- oder Hotelunternehmer in der Vergangenheit seine Hausaufgaben gemacht hat, verfügt über ein Stammkundenpotenzial, mit dem sich auch in schwierigeren Zeiten leben lässt. Natürlich sind da und dort personelle oder strukturelle Anpassungen notwendig. Jeder Unternehmer realisiert heute hautnah, dass wirtschaftliche Entwicklungen Veränderungen unterworfen sind, die nicht immer nur nach oben zeigen. Er ist sich aber auch bewusst, dass er mit Phasen von Stagnation oder Rückgang

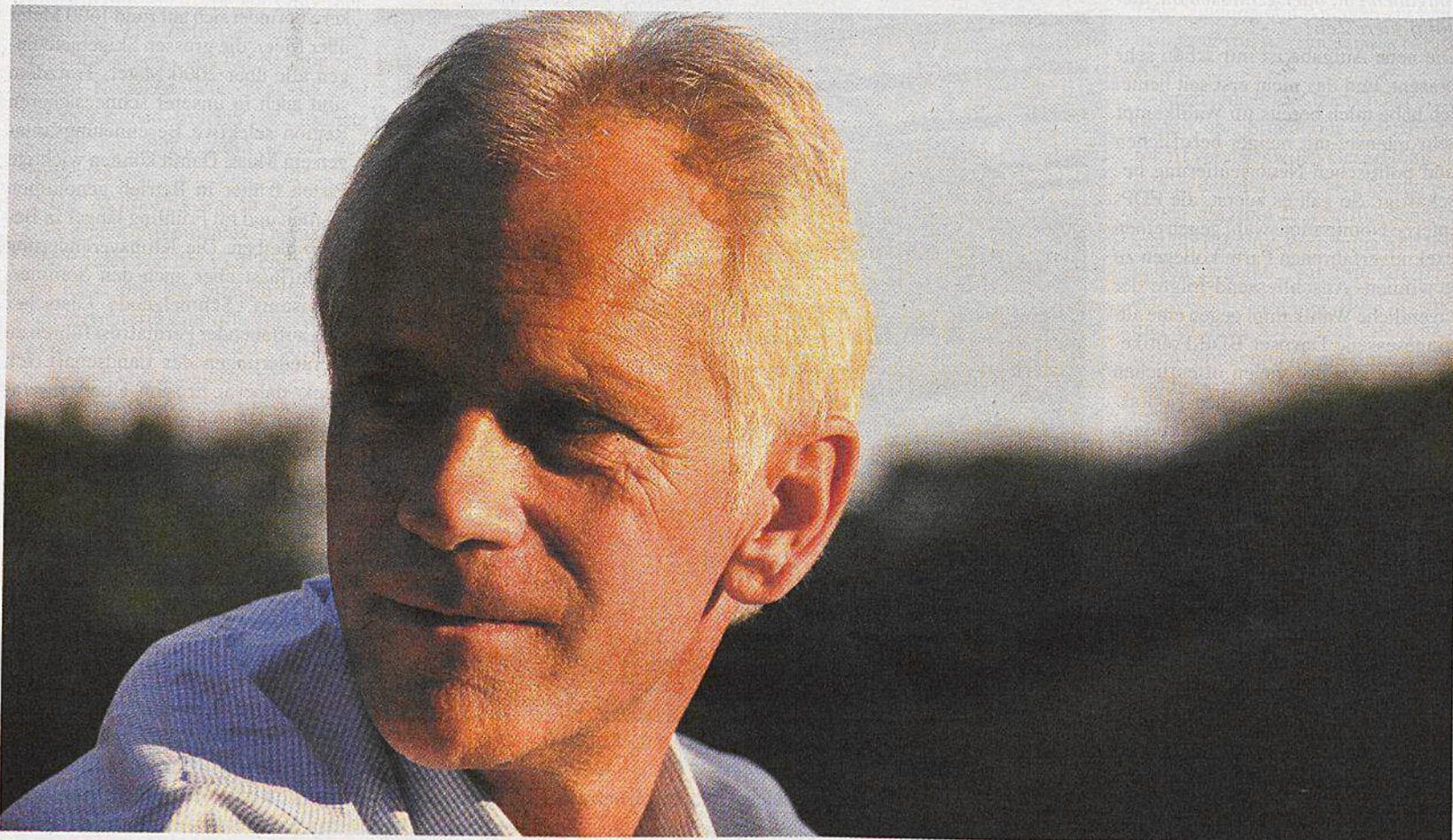
ein Tourismusort wie Davos oder ein Tourismuskanton wie Graubünden müssen permanent Hausaufgaben erledigen. Bei uns ist mit der Destina-

*den Bergregionen aus arbeitstechnischen und demografischen Gründen vor. Ist diese Problematik für Davos auch von Belang?*

**«Ein Allerweltsheilmittel oder eine Abkürzung für die Rückkehr auf die Erfolgsstrasse kann ich Ihnen nicht nennen.»**

tionsbildung Davos-Klosters ein sehr grosser Schritt vorwärts gemacht worden. Dazu haben wir mit der Kongresshaus-Erweiterung unsere

Nicht wirklich. Für rund 13 000 Personen ist Davos ganz normaler Wohn- und Lebensraum. Dazu gehören gute Schulen (bis zur Maturitäts-



Der 58-jährige Davoser ist überzeugt, dass sich seine Gemeinde den Herausforderungen der veränderten Wirtschaft und dem Klimawandel anpassen kann.

Restaurants und bei den Bergbahnen. Neben der Währung ist aber auch die alles andere als euphorische Wirtschaftslage in Europa ein hemmender Faktor.

*Wie können oder sollen die Gastronomie- und Hotelleriebetriebe reagieren, um trotzdem für ausländische Touristen attraktiv zu bleiben?*  
Ein Allerweltsheilmittel oder eine Abkürzung für die Rückkehr auf die Er-

primär selbst fertig werden muss. Schliesslich hat er seinen Erfolg in guten Zeiten auch eigenständig aufgrund seiner individuellen Leistungen erarbeitet.

*Seit der Saison 2009/2010 gehen die Logiernächte kontinuierlich zurück. Wie kann man diese Entwicklung aufhalten?*

Ich habe vorhin von den Hausaufgaben des Unternehmers gesprochen. Auch

Konkurrenzfähigkeit in einem wichtigen Segment gesichert. Was jetzt mit höchster Priorität zu tun ist, hat der frühere St. Moritzer Kurdirektor Hanspeter Danuser so ausgedrückt: «In die Märkte gehen, Klicks generieren und Klinken putzen.» Prägnanter kann man es nicht sagen!

*Viele Berggemeinden leiden unter Landflucht, die junge Generation zieht das Stadtleben dem Verbleib in*

stufe), ein starkes Gewerbe mit entsprechendem Lehrstellenangebot, aber auch eine Landwirtschaft, die mit 80 Betrieben sehr leistungsfähig ist. Nicht zu vergessen ist unsere Touristikbranche, die jedes Jahr rund 2 Millionen Logiernächte generiert. So gesehen fehlt es in der höchstgelegenen Stadt Europas nicht an interessanten Arbeitsplätzen in allen denkbaren Sparten inklusive Forschung und Gesundheitswesen.

Nachruf

# Danke Peter!

Als herausragende Polit-Figur, die schon manchen Kampf erfolgreich bestritten hat, erlag Peter Malama in der Nacht auf Samstag, 22. September, seiner Krebserkrankung. Die FDP verliert einen engagierten, herzlichen Menschen und guten Freund.



Lieber Peter, für deinen grossen Einsatz für unser Land und seine Bevölkerung danken wir dir herzlich. Du fehlst uns.

Peter Malama war eine humorvolle und interessante Führungspersönlichkeit. Stets offen und mit Weitblick begegnete er politischen und beruflichen Herausforderungen. Die gesammelte Erfahrung als Inhaber eines KMU im Baugewerbe und als ehemaliger Finanzdirektor der Spengler AG wusste er gekonnt in die Direktion des Gewerbeverbandes Basel-Stadt einzubringen. Mit grossem persönlichen Einsatz kämpfte er für das Basler Gewerbe und verstand es, mit viel Geschick den Verband aus verworrenen Situationen gestärkt und einheitlich herauszuführen.

Als Nationalrat vertrat er konsequent seine Linie gegen die behördliche Regulierungswut und gegen weitere Atomkraftwerke. Für die FDP galt er mit seiner Beharrlichkeit als authentischer Vorkämpfer der Unternehmenssteuerreform III. Starke Akzente vermochte der Oberst im Generalstab auch in der Sicherheitspolitik und in der Umweltpolitik zu setzen. Seine Weitsicht verschaffte der gesamten Region Basel in Bundesbern Gehör. Nicht nur in Basel hiess es «Immer dieser Malama». Seine unverhofft humorvollen Kommentare lo-

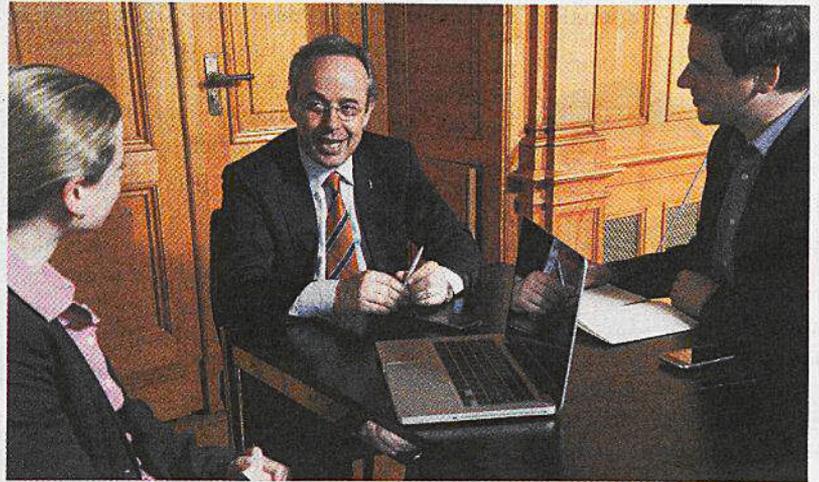
ckerten so manches überhitzte Gemüt, gegen seine Freude an der Politik und an Menschen war niemand immun.

«Peter hatte eine unglaubliche Kraft in sich, trotz seiner schweren Erkrankung kam er immer nach Bern, hat am Wagen gezogen, hat mitgeholfen, war aufgestellt und fröhlich», erinnert sich Philipp Müller an seinen Nationalratskollegen. Bei der Fraktion war Peter Malama sehr beliebt. Sein leerer Platz während der Herbstsession stimmte über alle Parteigrenzen hinweg traurig.

Malama besann sich stets auf seine Wurzeln und blieb am Boden. Er wehrte sich gegen politischen Übereifer und setzte sich für kleine Unternehmen und Arbeitnehmer ein. Im zweisprachigen Elternhaus lernte er nicht nur Toleranz, sondern auch die Grundpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz: eine starke Wirtschaft. In seinem Wahlkampfvideo für den Nationalrat von 2011 heisst es: «Peter schützt nicht nur die weissen Schafe, denn die Schwarzen



Immer zu Spässen aufgelegt, das wurde auch in seinen Wahlkampfvideos deutlich.



Peter Malama war ein geschätzter Gesprächspartner, auch aufgrund seiner Fähigkeit zu sagen: «Ich habe in diesem Gespräch etwas gelernt.»

geben auch Wolle.» Dies steht sinnbildlich für seine Sachpolitik und sein Menschenbild. In seiner Tätigkeit glaubte Malama stets an das Gute im Menschen, an seine Eigenverantwortung und seine Schaffenskraft, unabhängig von den politischen und gesellschaftlichen Etiketten und Schubladen.

In Bern machte er sich für die Bildung stark, denn für Malama waren Investitionen in die Bildung, Investitionen in die Wirtschaft von morgen. Möglichst allen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten, war sein Ziel, weswegen er sich stark für die Berufsbildung einsetzte.

Der Marathonläufer Malama gab bei Widerstand nicht auf – im Gegenteil: Die erfolgreiche Verteidigung seines Nationalratssitzes 2011 gegen starke Konkurrenz stand sinnbildlich für seinen Kampfgeist und sein Engagement. Auch seine schwere Krankheit hat er nicht fatalistisch hingenommen, sondern um seine Gesundheit gekämpft. Diesen letzten Kampf hat er nun verloren. Der innovative Politiker, der sich in Bern wie kaum ein Zweiter für seine Region einsetzte, hinterlässt nicht nur in unserer Partei, im Parlament und in der Wirtschaft eine grosse Lücke – sondern vor allem als verantwortungsvoller Mitbürger sowie als liebenswerter und humorvoller Freund. Peter Malama wird uns allen fehlen.

Peter Malama hinterlässt eine Frau und drei Kinder. Ihnen sprechen wir in diesem traurigen und schweren Moment unser tiefes Mitgefühl aus.

Agrarpolitik 2014–17

# Landwirtschaft auf liberalem Kurs

Drei Ziele verfolgten die Parlamentarier der FDP in der Agrarpolitik 2014–17: den Bürokratieabbau, die Beseitigung von Fehlanreizen und die Förderung von innovativen und nachhaltigen Produktionsformen.

**Ruedi Noser, Nationalrat, ZH**



Ruedi Noser

In den intensiven Diskussionen im Parlament durfte Bundesrat Johann Schneider-Ammann auf die volle Unterstützung seiner Fraktion im Nationalrat zählen und erreichte mit seinem pragmatischen und willensstarken Auftreten wichtige Reformen in der Agrarpolitik. Dank unserem gemeinsamen Einsatz konnte ein überzeugendes Gesamtpaket geschnürt werden, das Fehlanreize endlich beseitigt und die naturnahe und tierfreundliche Landwirtschaftsproduktion fördert. Der FDP-Fraktion und ihrem Bundesrat war dabei besonders wichtig, dass zukünftig nicht mehr einfach nur Subventionen ausgeschüttet werden, sondern Leistung abgefordert wird. Innovation, Leistungsbereitschaft und unternehmerisches Denken werden sich für die Bauern in Zukunft vermehrt auszahlen. Dadurch soll die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich verbessert werden.

## Keine Voraussetzung für Freihandelsabkommen

Aufgrund mangelnder Unterstützung von allen Seiten gelang es uns jedoch nicht, eine weitere Öffnung der landwirtschaftlichen Märkte zugunsten

tieferer Preise für die Konsumenten zu erreichen. Unser Anliegen, dass die Agrarpolitik die Voraussetzungen für Freihandelsabkommen mit China, Russland und Indien ermöglichen sollte, mussten wir zurückziehen. Der von rechts und links betriebene Protektionismus wird sich auf lange Sicht nicht auszahlen. Bereits jetzt sind die Konsumenten nicht bereit, für inländische Produkte gleicher Qualität höhere Preise zu zahlen. Man geht aktuell davon aus, dass 2012 zirka 6 bis 8 Milliarden Franken an Kaufkraft abgewandert sein werden, bei einem gesamthaften Detailhandelsumsatz von 96 Milliarden Franken. Die Schweizer Landwirtschaft trägt damit aktiv zum Einkaufstourismus bei.

Die mangelnde Bereitschaft, die Schweizer Landwirtschaft dem internationalen Markt zu öffnen, hat Auswirkungen auf die verschiedensten Bereiche. So ist die inländische Tourismusbranche schlicht nicht in der Lage, Menüs zu einigermaßen konkurrenzfähigen Preisen anzubieten, wenn sie inländische Lebensmittel verwenden will. Auch bei Verhandlungen über Freihandelsabkommen wird die Agrarthermatik wohl zunehmend mehr zum Tragen kommen.

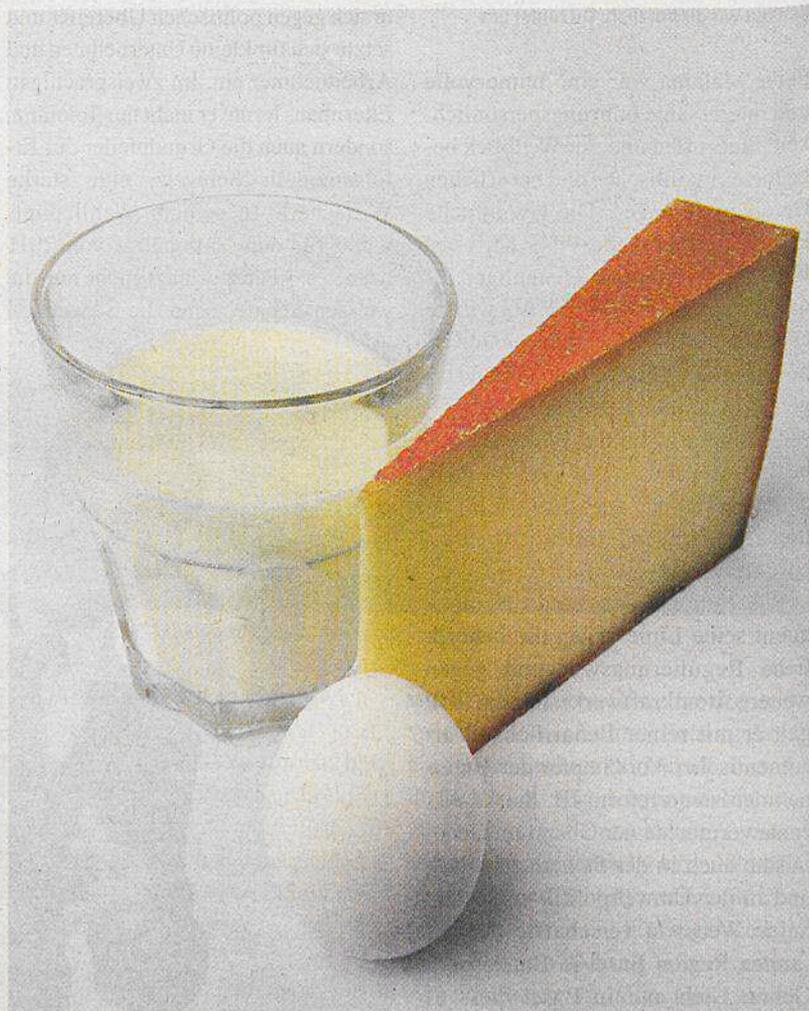
## Keine Zahlung pro Tier mehr

Als eine der wichtigsten Neuerungen werden Direktzahlungen künftig nicht mehr pauschal nach der Zahl der gehaltenen Tiere ausbezahlt. Die Unterstützung der Bauern erfolgt ab 2014 neu als Versorgungssicherheitsbeiträge zielorientiert ausgerichtet nach Grösse und Art der bewirtschafteten Fläche. Somit gehört die Überproduktion von tierischen Lebensmitteln, welche in Milchseen und Butterbergen endete und zum Preiserfall führte, definitiv der Vergangenheit an. Das verbesserte Direktzahlungssystem ist ein wichtiger Schritt zu mehr Effi-

zienz und Ökologie im Agrarbereich. Dadurch schafft die Agrarpolitik 2014–17 mehr unternehmerische Freiheit und fördert innovative Bauern in der Produktion von qualitativ hochstehenden Produkten. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, müssen aber auch die Kosten gesenkt werden. Die Wertschöpfung muss auch dann funktionieren, wenn die in- und ausländische Konkurrenz stärker spielt. Die Agrarpolitik 2014–17 unterstützt die Landwirtschaft im Kostenmanagement mit Kostensenkungsprojekten. Trotz unzähliger Einsprachen des

Bauernverbandes und der protektionistischen Bestrebungen anderer Parteien haben wir uns nicht von unserem liberalen Kurs abbringen lassen. Hoffen wir, dass der Ständerat die Agrarpolitik 2014–17 in diesem Sinne nicht verwässert und so die Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Schweizer Landwirtschaft geschaffen werden.

Nur so können wir auch eine Öffnung der Märkte, auch über Freihandelsabkommen, und damit eine Reduktion der Preise inländischer Produkte erreichen.



Keine Milchseen mehr, dafür landwirtschaftliche Produkte, die im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Doris Fiala, Präsidentin des Kunststoffverbandes Schweiz

# Eine attraktive Mischung aus Industrie, Politik und Öffentlichkeitsarbeit

*Frau Fiala: Als Präsidentin des Kunststoffverbandes Schweiz stehen Sie einer Organisation vor, welche die Interessen von gegen 800 Unternehmen und rund 34 000 Arbeitnehmenden verteidigt. Wie viel Ihrer Arbeitszeit beansprucht dieses Amt?*

Das ist sehr unterschiedlich und kommt vor allem auch darauf an, ob aufgrund kritischer Medienberichterstattungen akuter Handlungsbedarf besteht. Im Schnitt etwas mehr als einen Tag pro Woche. Als Präsidentin obliegt mir und dem Vorstand die strategische Ausrichtung des Branchenverbandes, das Verteidigen möglichst guter Rahmenbedingungen für unsere Industrie, die vorwiegend eine Exportindustrie ist, und das Vernetzen der Branche mit anderen Ländern.

*Sie sind in Europa die einzige Frau, die einen derartigen Verband präsidiert. Woher kommt Ihr Interesse an dieser besonderen Branche?*

Die Innovationsfähigkeit der Kunststoffbranche ist echt beeindruckend. Einige Unternehmungen erfinden sich quasi immer wieder neu. Viele Unternehmer zeigen mir, was es bedeutet, mit dem eigenen Risiko als Unternehmer in den eigenen Seilen zu hängen. Das fasziniert mich. Der Wille, für ein Unternehmen zu kämpfen, für seine Produkte, seine Mitarbeitenden. Und:

«Der Wille, für ein Unternehmen zu kämpfen, für seine Produkte, seine Mitarbeitenden – das fasziniert mich.»

Mein Mann ist Ingenieur Chemiker. Das hat mich der Industrie seit über 30 Jahren sehr nahe gebracht. Es ist attraktiv, ausgerechnet als Frau in eine Männer-Domäne «einzubrechen». Vielleicht hat auch DAS mich gereizt. Kunststoff ist der Werkstoff der Zukunft. Die Angriffe, z. B. aufgrund der Tatsache, dass wir Erdöl-basiert sind,



Doris Fiala, Nationalrätin, ZH

machen die Herausforderung noch spannender für mich. Ich weiss: Wir haben grossen Kommunikationsbedarf. In dieser Domäne wiederum kann ich Know-how einbringen. Die Mischung Industrie-Politik-Öffentlichkeitsarbeit ist fast unschlagbar attraktiv für mich.

*Wie versucht Ihr Verband die Bevölkerung über die Verwertung von Kunststoff aufzuklären?*

Die nachhaltigste Art, Erdöl zu ver-

arbeiten, ist, sie zu Kunststoffen zu verarbeiten. Denken Sie z. B. an die Automobilindustrie: Die Fahrzeuge sind dank Kunststoff extrem viel leichter geworden und verbrauchen daher viel weniger Benzin. Oder denken Sie an die Medizinaltechnik ... Könnten Sie den Werkstoff Kunststoff wegdenken? Das schlechte Image kommt von

der desolaten Situation der Abfallentsorgung in Schwellenländern oder von den verdreckten Weltmeeren. Die Schweiz ist in diesem Zusammenhang Musterknabe: Bei uns werden 99 Prozent des Abfalls thermisch oder stofflich entsorgt und wieder verwertet.

*Die Kunststoffbranche ist stark von Erdöl abhängig. Wie stark sind Ihre Sorgen, dass die Erdölvorräte der einst versiegen könnten?*

Die Sorge ist berechtigt und die Herausforderung bis jetzt unbeantwortet. Forscher arbeiten auf Hochtouren, um Alternativen zu finden. Sogenannt nachwachsende Rohstoffe haben aber eine dramatische

Kehrseite: Energie aus Mais zum Beispiel spricht ganz direkt die Ernährungsproblematik der Weltbevölkerung an. Zudem sind sogenannte Bio-Kunststoffe in der Entsorgung bzw. im Recycling nicht unproblematisch. Es ist komplizierter, als es Umweltschützer wahrhaben möchten. Intellektuelle Redlichkeit in Diskussionen wäre angesagt.

*Spüren Sie einen härter werdenden Verteilungskampf um Ressourcen auch in Ihrer Tätigkeit als Mitglied der Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit?*

Wer wie ich für diese Kommission in Ländern wie z. B. dem Tschad war, kann die Problematik der Ressourcen sicher nicht banalisieren. Die Erdölförderung hat das afrikanische Land von der Armut in die absolute Misere getrieben. Das hat aber nichts direkt mit der Kunststoffindustrie zu tun, sondern mit der Tatsache, dass viele Länder keine Rechtsstaatlichkeit kennen und korrupt regiert sind. Die Regierung in Tschad ist unfähig, die Einnahmen so einzusetzen, dass die Be-

völkerung nachhaltig profitieren würde. Es ist eine dramatische Situation, die keine einfachen Antworten und Lösungen kennt. Die DEZA leistet in diesem Zusammenhang grossartige Arbeit.

*Wie kann sich die Schweiz als Land ohne eigene Erdölvorkommen ihren Anteil sichern?*

Eben erst hatten wir den Präsidenten aus Turkmenistan in der Schweiz, der von unserer Bundespräsidentin und unserem Volkswirtschaftsminister empfangen wurde. Das hat einen Aufschrei der Entrüstung unter gewissen Medien und der Bevölkerung losgetreten. Als Realpolitikerin stelle ich nüchtern fest: Wir beziehen 2011 Erdöl nur zu 1,2 Prozent aus Turkmenistan. Den grössten Anteil beziehen wir aus Kasachstan, nämlich 50 Prozent. Menschenrechte müssen wir im Europarat, in der UNO, in der OSZE oder mit dem Roten Kreuz verteidigen. Die Sicherung der Rohstoffe ist eine wichtige Regierungsaufgabe und sollte nicht romantisiert werden.

Die Zürcherin **Doris Fiala** ist seit 2007 Mitglied des Nationalrates und wirkt dort unter anderem in der Fachkommission Staatspolitik und der Aussenpolitischen Kommission mit. Doris Fiala setzt sich zudem besonders im Bereich Migration und Entwicklungszusammenarbeit ein. Hier interessiert sie besonders die Rolle der Schweizerischen Migrationspolitik im Kontext der nationalen Sicherheit und globaler Zusammenhänge. Sie ist Vizepräsidentin der Schweizer Delegation im Europarat in Strassburg. Neben ihrer politischen Tätigkeit führt die Zürcherin ihre eigene Agentur für Öffentlichkeitsarbeit in Zürich. Sie ist verheiratet und hat 3 erwachsene Kinder.

Abgeltungssteuer

# Regularisierung der Vergangenheit – Abgeltungssteuer für die Zukunft

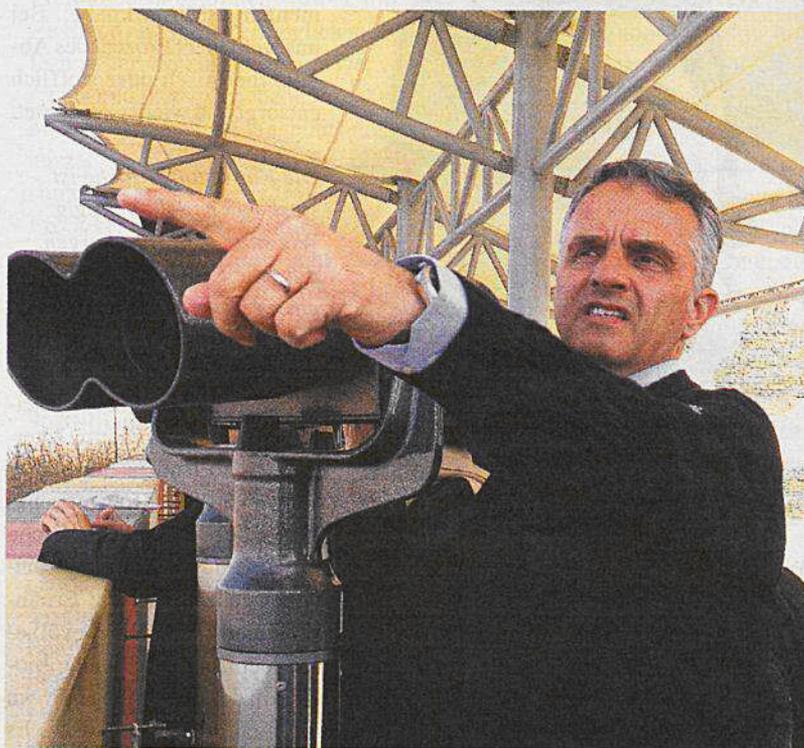
Die Schweiz hat einen international ausgerichteten Finanzplatz. Damit dieser auch in Zukunft Bestand haben kann, muss er sauber und integer, ohne un versteuertes Geld sein. Das ist eine doppelte Herausforderung.

## Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen

Die Herausforderung für den schweizerischen Finanzplatz ist eine doppelte: Auf der einen Seite müssen die Lasten der Vergangenheit, dort, wo sie bestehen, gelöst werden. Auf der anderen Seite muss gewährleistet werden, dass die Integrität des Finanzplatzes Schweiz gewahrt werden kann. Das Ziel eines steuerlich konformen Finanzplatzes kann mit dem Abschluss von Quellensteuerabkommen, einer verbesserten Amts- und Rechtshilfe gemäss internationalen Standards und der Ausweitung der Sorgfaltspflichten der Finanzinstitute erreicht werden. Der Bundesrat konnte solche Abgeltungssteuerabkommen, eine Idee der FDP.Die Liberalen, mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich aushandeln. Seit Ende September ist klar, dass die Referenden gegen diese nützlichen und wichtigen Abkommen nicht zustande gekommen sind.

## Nutzen in mehrfacher Hinsicht

Die drei Abkommen erfüllen den eingangs erwähnten doppelten Nutzen. Erstens klären sie die Frage von un versteuerten Geldern aus der Vergangenheit: Gelder, die bisher un versteuert waren, können pauschal nachversteuert werden. Zweitens regeln sie auch die Besteuerung künftiger Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Aktienverkäufen: Schweizer Banken erheben auf Kapitaleinkünfte von deutschen, britischen und österreichischen Steuerpflichtigen eine Quellensteuer. Die Abkommen lösen also auf der einen Seite die Probleme der Vergangenheit und verhindern auf der anderen Seite in der Zukunft die Entstehung neuer



Die Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien ermöglichen einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft.

BILD: EDA

Schwierigkeiten. Die vorgeschlagene Lösung wird den Staaten die geschuldeten Steuern direkt zuführen. Gleichzeitig wird die Privatsphäre der Kundinnen und Kunden geschützt.

Darüber hinaus wurden mit allen drei Staaten Erleichterungen für die Erbringung von grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen vereinbart: Banken in der Schweiz können in Zukunft von Erleichterungen bei der grenzüberschreitenden Betreuung von Kundinnen und Kunden profitieren. Der verbesserte Marktzugang für die Finanzinstitute stellt eine Gegenleistung zur Steuererhebung für den Fiskus des Partnerstaates dar.

## Analoge Abkommen

Die Verhandlungsergebnisse aller drei

Abkommen sind gut. Die Interessen und Erfordernisse der Schweiz und der anderen Staaten konnten gleichermaßen berücksichtigt und befriedigt werden.

Die drei Abkommen sind sich auch in ihrer Ausgestaltung ähnlich – berücksichtigen aber natürlich länderspezifische Gegebenheiten. Das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich ist grösstenteils analog zum Abkommen mit Deutschland ausgestaltet. Unterschiede sind hauptsächlich in den unterschiedlichen Steuerordnungen begründet. Auch das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Österreich entspricht weitgehend den Abkommen mit Deutschland und Grossbritannien. Hier bestehen Unter-

schiede einerseits ebenfalls in den Steuersätzen, andererseits wurde keine Vorauszahlung der Schweizer Banken vereinbart. Der Einbezug von Erbschaftsfällen erübrigte sich, weil Österreich keine Erbschaftssteuer kennt.

## Abkommen sind im Interesse der Schweiz

Für den Bundesrat stellen die drei Quellensteuerabkommen eine gute Alternative zum automatischen Informationsaustausch im Bereich der Kapitaleinkünfte dar – sie sind diesem klar vorzuziehen: Auf der einen Seite schützen sie die Privatsphäre der ausländischen Kunden. Auf der anderen Seite sind sie eine effizientere Lösung – im Gegensatz zum automatischen Informationsaustausch, der eine Menge an noch zu verarbeitenden Daten produziert, generieren diese auch wirklich Steuerzahlungen.

Die drei Abkommen schaffen Rechtssicherheit und stärken langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und die Reputation des Finanzplatzes Schweiz. Die Eidgenossenschaft leistet überdies auch künftig Amtshilfe in Steuersachen gemäss OECD-Standard. Voraussetzung dafür ist ein entsprechendes Doppelbesteuerungsabkommen mit dem anfragenden Land. Somit stellen diese Abkommen in unseren Bemühungen, keine un versteuerten Gelder in unserem Land zu haben und eine effiziente Alternative zum automatischen Informationsaustausch zu erarbeiten, einen Wendepunkt dar – zumal auch andere Länder Interesse an einer solchen Lösung gezeigt haben.

Ihr Bundesrat  
Didier Burkhalter

# Pragmatisch statt parareligiös

Am 28. September veröffentlichte der Bundesrat seine Energiestrategie 2050. Ziele sind eine Senkung des Energie- und Stromverbrauchs pro Person, des Anteils fossiler Energie und die Ersetzung der nuklearen Stromproduktion durch erneuerbare Energie. *FDP.Die Liberalen* äusserte sich am 28. September in einer Medienmitteilung kritisch zur Realisierbarkeit dieser Strategie.

*Herr Leutenegger, die Ziele der Energiestrategie klingen scheinbar vernünftig und gut. Warum ist die FDP trotzdem dagegen?*

Ja, es tönt gut. Leider aber ist der Weg mit mehr Steuern und noch mehr Subventionen falsch.

*Die FDP verlangt eine Stärkung der Energieversorgungssicherheit. Wieso ist diese gefährdet?*

Wir brauchen bei der Elektrizitätsversorgung für unsere Wirtschaft einen hohen Eigenversorgungsgrad, sonst sind wir kein ernstzunehmender Player in Europa und schaffen eine gefährliche Abhängigkeit vom Ausland. Die Versorgungssicherheit zu garantieren gelingt aber nur, wenn wir der Elekt-

## «Der Weg mit mehr Steuern und noch mehr Subventionen ist falsch.»

trizitätswirtschaft die Chance geben, mit klaren Rahmenbedingungen zu arbeiten, statt sie in ein enges Korsett von Vorschriften, Abgaben und Subventionen zu zwängen.

*Der Bundesrat will, dass die Kantone Gebiete ausscheiden, in denen die Nutzung erneuerbarer Energien möglich ist. Sind die Kantone bereit, solche Eingriffe in ihre Verantwortungsebene zu tolerieren?*

Wenn dies die Lösung der Energiefrage wäre, könnte man ja noch darüber diskutieren. Aber angesichts der marginalen Wirkung solcher Übungen sollte der Bund die Finger davon lassen.

*Neu sollen Gebiete, welche für die Nutzung erneuerbarer Energien möglich sind, von nationalem Interesse sein, wodurch Einsparungen von Dritten beschränkt würden. Lässt sich damit die Stromversorgungssicherheit besser sicherstellen?*

Nein, eben nicht. Mit der Photovoltaik haben wir im Winter, wo wir am meisten Bandenergie brauchen, kaum einen Beitrag zur Energieversorgung. Bei Windanlagen haben wir in der Schweiz ein sehr beschränktes Potenzial und sind auf Kollisionskurs mit Links-Grün und den Naturschutzorganisationen. Weltmeister der Versorgungssicherheit ist immer noch Wasserkraft. Solange wir die elektrische Energie von Wind und Sonne nicht effizient speichern können, solange wird diese Energieform keine entscheidende Rolle für die Versorgungssicherheit spielen können, auch wenn in den parareligiösen Diskussionen um erneuerbare Energien tapfer das Gegenteil behauptet wird. Zudem darf man die Energie-

formen nicht gegeneinander ausspielen. Wenn man die heutige Photovoltaik mit einem Wirkungsgrad von 15 bis 20 Prozent subventioniert, werden auf vielen Altbauten PV-Anlagen gebaut, die ökologisch viel weniger sinnvoll sind als thermische Anlagen, mit denen man die Warmwasserproduktion mit einem Wirkungsgrad von 50 bis 70 Prozent betreiben kann. Viel entscheidender ist die effizientere Nutzung der fossilen Brenn- und Treibstoffe. Das bringt energetisch und klimapolitisch viel mehr, als mit Hunderten von Millionen eine Energieproduktion zu subventionieren, die ökologisch problematisch und ökonomisch unrentabel ist.

*Bundesrätin Doris Leuthard will Herr und Frau Schweizer dazu bringen, zukünftig 35 Prozent weniger Strom pro Kopf zu verbrauchen. Ist dies realisierbar?*

Der Ansatz ist falsch. Wir müssen die

Energie viel effizienter einsetzen, deshalb werden wir künftig viel weniger fossile Brennstoffe brauchen, aber mehr Strom, weil mit Strom die

## «Oberstes Ziel ist die Versorgungssicherheit dank Wettbewerb und Energieeffizienz.»

effizientesten Antriebs-, Heizungs- und Klimageräte betrieben werden können.

*Die Energiestrategie spricht von Preiserhöhungen im Rahmen von 20 bis 30 Prozent, wovon Grossverbraucher jedoch ausgenommen sein sollen. Wird die Schweizer Bevölkerung folglich die Energiewende über ihre Stromrechnung bezahlen?*

Das ist natürlich eine reale Gefahr. Eigentlich soll ja das Verursacherprinzip gelten, und jetzt entlastet man gerade jene, die am meisten

konsumieren, nämlich die stromintensiven Betriebe.

Das zeigt beispielhaft, wie absurd die Besteuerung und Subventionierung durch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) wirkt. Und wir sprechen hier von einer Milliarde Franken Umverteilung pro Jahr.

*Welche Alternativen sehen Sie persönlich für die Schweiz?*

Oberstes Ziel ist die Versorgungssicherheit dank Wettbewerb und Ener-

gieeffizienz. Das heisst, dass wir mit den staatlichen Rahmenbedingungen dort ansetzen, wo wir den grössten Effekt haben, und das ist im Gebäudebereich der Fall. Da können wir mit einfachen, schon bestehenden Normen sehr viel Energieeffizienz herausholen, ebenso mit Standards bei weitverbreiteten elektrischen Geräten, wie bei Umwälzpumpen. Was wir nicht wollen, sind neue Steuern auf Energie und flächendeckende Subventionen. Das verzerrt den Markt und bringt weder Energie- noch ökonomische Effizienz, sondern nur viel Bürokratie.



Filippo Leutenegger,  
Nationalrat, ZH

Minder-Initiative

# Die Delegiertenversammlung entscheidet

Am 27. Oktober diskutieren die Delegierten der *FDP.Die Liberalen* an ihrer Versammlung in Thun über die Minder-Initiative und den indirekten Gegenvorschlag. Dabei werden die Delegierten sowohl die Parole zur Initiative, wie auch einen Beschluss über den Gegenvorschlag fassen. Der Vorstand der FDP empfiehlt die Initiative zur Ablehnung und den Gegenvorschlag zur Annahme.

Bereits mehrfach haben wir im Schweizer Freisinn über die Gefahren der Minder-Initiative berichtet. Was verlockend tönt, hätte für unser Land verheerende Folgen. An der Delegiertenversammlung wird Bundesrat Johann Schneider Ammann darlegen, welch schlechte Auswirkungen die Annahme der Minder-Initiative mit sich bringt und weshalb der indirekte Gegenvorschlag eine vernünftige, nachhaltige und realisierbare Lösung für unseren Werkplatz Schweiz bietet. In der Diskussionsrunde erhält auch Thomas Minder Gelegenheit, seine Ansichten und seine Motivation für diese Initiative darzulegen. In der Diskussion vertritt Christa Markwalder das liberale Lager. Für die Berner Nationalrätin ist klar, dass die Forderung

## Teilnahme

Selbstverständlich sind auch Gäste herzlich zur Delegiertenversammlung eingeladen. Die Einladung finden Sie unter [www.fdp.ch/dv](http://www.fdp.ch/dv). Für Gäste ist eine Anmeldung bis 20. Oktober unter [hermann@fdp.ch](mailto:hermann@fdp.ch) Pflicht.

gen von Minder viel zu weit über das Ziel hinausschiessen.

## FDP-Fraktion setzt sich für den Gegenvorschlag ein

Unsere National- und Ständeräte haben sich in der zuweilen hitzigen Diskussion im Parlament aktiv für den indirekten Gegenvorschlag eingesetzt.

## Programm der Delegiertenversammlung

- 10.15 Begrüssung
  - › Pierre-Yves Grivel, Kantonalparteipräsident BE
- 10.20 Rede des Parteipräsidenten
  - › Philipp Müller, Parteipräsident, Nationalrat AG
- 10.30 Eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei»
  - › Einführung mit Interview Johann Schneider-Ammann, Bundesrat EVD
  - › Podium u. a. mit Christa Markwalder, Nationalrätin BE, und Thomas Minder, Ständerat SH, parteilos
  - › Diskussion und Parolenfassung
- 12.00 Schuldenbremse bei der AHV
  - › Vorstellen der Resolution
  - › Fragen und Abstimmung
- 12.25 Abgeltungssteuer vs. Informationsaustausch
  - › Vorstellen der Resolution
  - › Streitgespräch Abgeltungssteuer vs. automatischer Informationsaustausch
  - › Fragen und Abstimmung
- 12.55 Schlusswort
  - › Philipp Müller, Parteipräsident, Nationalrat AG
- 13.00 Ende der Delegiertenversammlung – Apéro

**FDP**  
Die Liberalen



## Einladung zur Delegiertenversammlung

Samstag, 27. Oktober 2012

KKThun (Lachensaal)  
Kultur- und Kongresszentrum Thun  
Seestrasse 68  
3601 Thun

Telefon 033 334 99 00  
Internet [www.kkthun.ch](http://www.kkthun.ch)





Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass überhöhte Boni oder exzessive Zahlungen vom Volk nicht goutiert werden und die Rechte der Aktionäre gestärkt werden müssen. Mit dem Gegenvorschlag im Obligationenrecht liefern Parlament und Bundesrat eine Lösung, welche das Problem aktiv angeht und trotzdem dem Schweizer Werkplatz Bedingungen garantiert, die ihn gegenüber dem Ausland nicht benachteiligen. Der indirekte Gegenvorschlag ist eine vernünftige Kompromisslösung und kann alle Seiten zufriedenstellen.

## Spannende DV garantiert

Im Kultur- und Kongresszentrum in Thun erwartet die Delegierten eine abwechslungsreiche Versammlung. Intensive Diskussionen sind ebenso garantiert wie Einblicke in die verschiedenen Positionen hinsichtlich der Minder-Initiative. Auch auf die Voten aus dem Saal darf man gespannt sein. Um möglichst vielen die Chance zu geben, sich zu äussern, bitten die Organisatoren um kurze und frei gesprochene Wortmeldungen. Der Auftritt des Satirikers Andreas Thiel wird für Lacher und Denkanstösse sorgen.

Indirekter Gegenvorschlag zur Minder-Initiative

## Die Minder-Initiative schadet dem Standort Schweiz

Die Initiative gegen die Abzockerei fordert massive Eingriffe ins liberale Aktienrecht der Schweiz, schafft Rechtsunsicherheit, schadet der Attraktivität des Unternehmensstandorts und gefährdet Arbeitsplätze in der Schweiz. Die *FDP.Die Liberalen* hat die Initiative im Parlament erfolgreich bekämpft und sich für einen moderaten indirekten Gegenvorschlag eingesetzt, der die Aktionärsrechte stärkt und Rechtssicherheit schafft.

**Christa Markwalder,**  
Nationalrätin Bern

Die Schweiz sieht wirtschaftlich schwierigeren Zeiten entgegen. Die Schuldenkrise der südlichen Euro-Länder, das schwache Wachstum in den USA und der starke Schweizer Franken stellen die Schweizer exportorientierte Wirtschaft vor grosse Herausforderungen. In diesem herausfordernden Umfeld müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, ob wir freiwillig die Bedingungen für die börsenkotierten Unternehmungen verschlechtern wollen, indem wir sie in eine regulatorische Zwangsjacke stecken.

Die meisten unter uns haben sich in der Vergangenheit immer wieder über exorbitante Bezüge von einigen wenigen Managern geärgert. Aus Sicht der *FDP.Die Liberalen* liegt es jedoch nicht am Staat, sondern primär an den Organen und Aktionären einer Gesellschaft, die Vergütungen des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung in ein nachvollziehbares Verhältnis mit der erbrachten Leistung und der erreichten Performance zu bringen. Damit die Aktionäre ihre Mitspracherechte und ihre Kontrollfunktion besser wahrnehmen können, brauchen sie mehr Rechte. Diese werden ihnen mit dem indirekten Gegenvorschlag gewährt, den die FDP zusammen mit den anderen Parteien ausgearbeitet hat und der von National- und Ständerat beinahe einstimmig angenommen wurde.

Die Minder-Initiative fordert in 24 detaillierten Forderungen ein enges regulatorisches Korsett für börsenkotierte Unternehmungen. Dabei geht es nicht nur um neue Aktionärsrechte,

sondern auch um neue Verbote und Zwänge, die die Organisationsfreiheit der Unternehmen massiv einschränken und in der Praxis kaum umsetzbar sind.

Aus folgenden Gründen ist der Gegenvorschlag konsistenter und effektiver als die Volksinitiative:

### 1 **Transparenz und Mitbestimmung**

Der Gegenvorschlag überlässt es den Aktionären, ob sie zwingend oder konsultativ über die Vergütungen der Geschäftsleitung abstimmen wollen – dies im Sinne der Organisationsfreiheit. Zudem sieht der Gegenvorschlag ein Vergütungsreglement und einen Vergütungsbericht vor, der von der Generalversammlung genehmigt werden muss. Dies schafft Transparenz und Rechtssicherheit.

### 2 **Kein Eingriff in die Berufsfreiheit**

Das von der Initiative geforderte Verbot für Organe, mehrere Verträge mit derselben Firma abzuschliessen, greift massiv in die Berufs- und Unternehmensfreiheit ein. Das Verbot ist zudem realitätsfremd und nicht praxistauglich in international tätigen Unternehmungen.

### 3 **Keine Stimmpflicht für Pensionskassen**

Die Forderung der Initiative, dass Pensionskassen zwingend ihre Aktionärsrechte im Interesse ihrer Versicherten ausüben müssen, besteht den Praxistest ebenfalls nicht.



Christa Markwalder

Die vielfältigen Interessen der Versicherten liessen sich nur mit immenssem bürokratischem Aufwand evaluieren.

### 4 **Keine Kriminalisierung im Aktienrecht**

Im Gegensatz zum Gegenvorschlag enthält die Initiative eine Strafnorm mit Androhung von Gefängnis, die nicht ins Privatrecht gehört. Es darf nicht sein, dass Führungskräfte ständig mit einem Fuss halb im Gefängnis stehen und deshalb nicht mehr bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Risiken einzugehen.

Aus all diesen Gründen ist der Gegenvorschlag zur Minder-Initiative die richtige Antwort auf die Übertreibung einiger weniger, nicht aber die Initiative selber. Sie schadet der Schweiz als erfolgreichem und international ausgerichtetem Wirtschaftsstandort massiv und würde einen herben Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten.

Wenn es ohnehin wirtschaftlich schwieriger wird, müssen wir uns nicht noch selber das Leben freiwillig und unnötig schwer machen. Deshalb ist die Initiative klar abzulehnen.

Interview mit Philipp Müller

# Wir kaufen nicht die Katze im Sack

*Gripen, Rafale, Eurofighter – Herr Präsident Müller, welchen Kampfflieger braucht die Schweiz?*

Die Schweiz braucht einen Kampfflieger, der den besonderen Ansprüchen unserer Milizarmee sowie den geografischen Gegebenheiten der Schweiz gerecht wird. Wie der Flieger heisst, ist mir egal.

*Sind für ein so kleines und zudem neutrales Land wie die Schweiz Kampfflieger überhaupt nötig?*

Ja. Denn die Luftwaffe stellt in der Schweiz die Überwachung des Luftraumes, auch im zivilen Bereich, sicher. Zudem sind Kampfflieger ein Zeichen der Bereitschaft, unser Land im Notfall effizient und in allen Bereichen zu verteidigen. Vor allem aber stellt sich die Frage, ob eine Armee ohne eine schlagkräftige Luftwaffe überhaupt noch glaubwürdig ist. Wer gegen die Kampfflugzeuge ist, müsste konsequenterweise auch die Abschaffung der Armee fordern. Und das kann keine Option sein.

*Die aktuellen Diskussionen dürften der Stimmung in der Bevölkerung zu Gunsten von Kampfflugzeugen nicht gerade zuträglich sein. Wie erklären Sie unserer Leserschaft, warum der Ankauf von neuen Flugzeugen für die Armee trotzdem nötig ist?* Wir müssen die alten, aus den 70er-Jahren stammenden Tiger-Jets ersetzen. Diese sind technologisch veraltet und den militärischen und zivilen Gegebenheiten nicht mehr angepasst. Heute arbeitet ja auch niemand mehr mit einem Computer aus den 70er-Jahren.

*Spielt die FDP mit ihrer Kritik nicht den Armeegegnern in die Hände?*

Nein, im Gegenteil. Wenn die Fragen erst anlässlich einer Volksabstimmung aufs Tapet kommen, ist die Abstimmung nicht zu gewinnen. Und die Volksabstimmung ist die eigentliche Hürde. Um dort zu gewinnen, sind alle Fragen und offenen Punkte umfassend und plausibel zu klären. Zusätzlich



Ob technisch, finanziell oder organisatorisch – die FDP will alle Fragen geklärt haben, bevor sie der Beschaffung des Gripen zustimmt.

braucht es einen bürgerlichen Schulterschluss. Und der ist nur zu haben, wenn keine Zweifel mehr bestehen. Wir haben zudem immer klar gesagt, dass wir für neue Kampffjets einstehen. Wir wollen eine starke und effiziente Armee. Unsere Kritik am Gripen richtet sich gegen die ungeklärten technischen, finanziellen und organisatorischen Fragen und ist keine Kritik an der Armee. Um dieser Kritik zu begegnen, haben wir zudem einen Fonds vorgeschlagen, der mit jährlich 300 Mio. Franken gespiesen wird. Haben wir dann mal ein gutes Flugzeug evaluiert, scheitert die Beschaffung nicht am Geld.

*Welche Hauptanforderungen müssen bei der Beschaffung von Kampffliegern erfüllt sein?*

Wir müssen dem Volk in der wohl

**«Wir haben immer klar gesagt, dass wir für neue Kampffjets einstehen.»**

stattfindenden Abstimmung erklären, warum wir ausgerechnet den Flieger «X» brauchen. Auch wenn andere billiger, schneller, grösser oder was auch immer sind. Eine allfällige Abstimmung gewinnen wir nur mit den richtigen, überzeugenden Antworten. Die-

se fordern wir in unserem Brief an Eveline Widmer-Schlumpf für den Gripen, wie wir sie auch für jedes andere Flugzeug fordern würden.

*Sie wurden aufgrund Ihrer Kritik am Gripen von verschiedenen Seiten hart angegriffen. Christoph Blocher warf Ihnen sogar vor, käuflich zu sein. Können Sie sich diese harsche Reaktionen erklären?*

Scheinbar sind wir einigen auf die Füsse getreten. Wir haben kritisch hinterfragt, statt einfach nur abzunicken. Von unserer Seite hat man Kritik an einem Kampfflugzeug vielleicht nicht erwartet. Aber nur weil es um die Armee geht, sagen wir zu schlecht vorbereiteten Geschäften nicht einfach ja. Die Vorwürfe von Christoph Blocher sind absolut haltlos. Er sagt ja selber, dass er keine Be-

neue Mitglieder vom Gewerbe zu uns gebracht.

*Geht es hier tatsächlich nur um den Gripenkauf, oder liegen hier tiefere Animositäten verborgen?*

Die Diskussionen um die Beschaffung von Kampffliegern war in der Schweiz schon immer sehr emotional. Gegen den Kauf der FA-18 kamen 1992 innert einem Monat über 500 000 Unterschriften zusammen, und – man höre und staune – Blocher war gegen die Beschaffung der FA-18-Flieger. Sobald die Kritiken nur noch auf den Mann zielen und unter die Gürtellinie gehen, habe ich kein Verständnis mehr. Einem Politiker vorzuwerfen, er sei käuflich, ist das Schlimmste, was man ihm unterstellen kann. Da spielt es keine Rolle, ob man ihn mag oder nicht.

*Wie gehen Sie mit solcher Kritik um?* Ich habe mich im ersten Moment genervt. Aber eigentlich ist es eine solche Behauptung nicht wert, dass man sich darüber aufregt. Schlimmer ist aber, dass Parteipräsident Brunner sofort hinter Blocher stand. So zerstört man die politische Kultur, und da verstehe ich keinen Spass.

*Die FDP fordert vom VBS die Klärung diverser Fragen. So soll zum Beispiel erklärt werden, ob das finanzielle oder technische Risiko der Schweiz mit Vertragsstrafen reduziert werden kann, wenn Saab die Flieger nicht wie vereinbart liefern kann. Haben Sie auf diese Forderungen bereits Antworten erhalten?*

Nein, bisher kam keine Reaktion. Man hört einzig, dass der konkrete Vertrag erst nach einem Volksentscheid erarbeitet wird. Da soll das Volk also die Katze im Sack kaufen!

*Nun gibt es auch neue Offerten von Rafale und Eurofighter – soll man diese Zusatzofferten noch beachten?* Wenn die Antworten zum Gripen nicht befriedigend ausfallen, müssen wir uns andere Optionen ansehen.

# Ja zu gesunden Tieren

Klimaveränderung und Globalisierung steigern die Seuchengefahr und bedrohen die Gesundheit von Tieren und Konsumenten. Die Revision des Tierseuchengesetzes soll durch die Schaffung einer neuen Bundeskompetenz das Seuchenrisiko reduzieren und so Tiere und Konsumenten schützen.

**Hans Altherr, Ständerat, AR**

Auslöser der anstehenden Revision des Tierseuchengesetzes (TSG) war die Motion von alt Nationalrat Markus Zemp (CVP) im März 2008. Ziel dieser Motion war, das geltende TSG von 1966 zusätzlich zur Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen auf die Seuchenprävention auszuweiten. Der darauf folgende Entwurf des Bundesrates begegnete dieser Forderung mit einer Stärkung der Führungsrolle des Bundes bei der Tierseuchenprävention. Die Kantone und der Bauernverband unterstützen die am 16. März 2012 verabschiedete Gesetzesrevision. Das Netzwerk Impfscheid (N.I.E) ergriff daraufhin das Referendum, weswegen wir nun am 25. November über die Revision abstimmen werden.

## Zweck der Revision

Obwohl einige Tierseuchen aus der Schweiz verbannt wurden, bergen die klimatische Veränderung und der erhöhte internationale Personen- und Warenverkehr die Gefahr, dass Seuchen aus anderen Ländern unbemerkt in die Schweiz gelangen und sich rasant ausbreiten. Die Revision des TSG will dieses Risiko eindämmen und die Gesundheit der Tiere schützen, damit die Produktion sicherer Lebensmittel tierischer Herkunft gewährleistet ist. Im Seuchenfall soll mit der neuen, vereinheitlichten Krisenvorbereitung die Seuche rechtzeitig eingedämmt und damit grössere wirtschaftliche und gesundheitliche Schäden verhindert werden.

## Gegenstand der Revision

**Prävention statt nur Reaktion:** Kernstück der Revision ist die Förderung der Tierseuchenprävention mittels Früherkennungs- und Überwachungsprogrammen durch das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET).



Hans Altherr

Bisher hatte das Bundesamt für Veterinärwesen lediglich die Kompetenz zur Erhebung und Erfassung einer Seuchenlage.

**Finanzierung im Seuchenfall:** Die Finanzierung der Bekämpfungskosten und die damit verbundene Festlegung der Beiträge der Tierhalter war bisher Sache der Kantone. Neu erhält der Bundesrat die Kompetenz, die Finanzierung von Bekämpfungsprogrammen befristet schweizweit einheitlich zu regeln.

**Impfstoffbeschaffung:** Mit dem neuen Tierseuchengesetz erhält der

## Was ist eine Tierseuche?

Von Tierseuchen wird im Sinne der Art. 1 des TSG dann gesprochen, wenn eine übertragbare Tierkrankheit vorherrscht, die eine der folgenden Kriterien erfüllt:

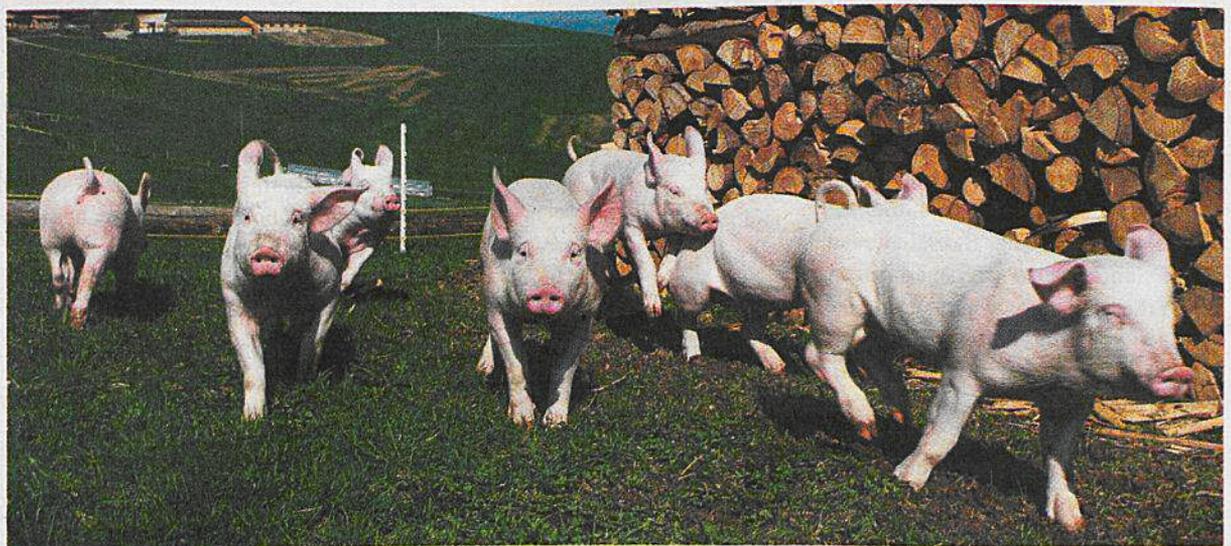
- › Die Tierkrankheit ist auf den Menschen übertragbar (Zoonose).
- › Die Tierkrankheit kann vom Tierhalter nicht bekämpft werden und breitet sich schnell aus.
- › Die Tierkrankheit kann einheimische, wildelebende Tierarten bedrohen.
- › Die Tierkrankheit kann bedeutsame wirtschaftliche Folgen haben.

› Die Tierkrankheit betrifft Arten, die für den internationalen Handel mit Tieren und tierischen Produkten von Bedeutung sind.

Hochansteckende Seuchen müssen möglichst schnell ausgerottet werden. Andere Seuchen müssen dann ausgerottet werden, wenn der Aufwand vertretbar ist und das gesundheitliche und wirtschaftliche Bedürfnis zur Ausrottung besteht. Der Ansteckungsgrad einer Seuche wird nach der Ausbreitungsgeschwindigkeit und den gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen bestimmt.

Bund die Kompetenz, Impfstoffe gegen Tierseuchen zu beschaffen und sie unentgeltlich oder verbilligt abzugeben. Für die rasche Verfügbarkeit der Impfstoffe im Seuchenfall darf der Bund neu auch Impfstoffbanken betreiben.

**Schlachtabgabe für Tierseuchenprävention:** Bereits 2007 hat das Parlament beschlossen, eine Schlachtabgabe zu erheben. Dieser Beschluss ist bis heute nicht in Kraft gesetzt worden. Mit der Revision wird nun präzisiert, für welche Tiere eine Schlachtabgabe zu entrichten ist und wie der Bund diese Mittel zu verwenden hat. Durch die Schlachtabgabe werden dem Bund jährlich ungefähr 3 Millionen Franken für die Seuchenprophylaxe zur Verfügung stehen.



Damit Schweine weiterhin gesund und sicher herumtollen können, braucht es die Änderungen des Tierseuchengesetzes.

# «Nicht mehr oben ohne» – mit oder ohne Quoten?

An ihrer Konferenz der Parteipräsidentinnen in Bern vom 6. September 2012 stellten die FDP Frauen die Hauptforderung «Mehr Frauen in die Chefetage» ins Zentrum der aktuellen Quoten-Diskussion und nahmen differenziert Stellung zur Quotendebatte.

## Marianne Dürst, Regierungsrätin Glarus

Unsere Wirtschaft braucht gemischte Teams. Wir können es uns volkswirtschaftlich nicht leisten, das ganze weibliche Potenzial an Arbeitskräften brach liegen zu lassen. Die FDP Frauen fordern seit Jahren gemischte Teams in den strategischen Organen. Wir haben uns stets so geäussert, dass wenn sich nichts ändert, Quoten leider nötig sind. Nun sind wir an diesem Punkt angelangt. Als liberale Politikerin erwarte ich, dass man konkrete Massnahmen diskutieren darf. Andere Quoten, wie regionalpolitische oder sprachliche, sind auch kein Tabu. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter als die FDP Frauen und würde bereits jetzt Quoten in den Verwaltungsräten fordern.

Die FDP Frauen fordern eine zeitlich limitierte Zielvorgabe in der öffentlichen Verwaltung im Sinne einer Signalwirkung auf die Wirtschaft. Dabei steht nicht nur die angemessene Frauenvertretung im Zentrum der Diskussion; es geht dabei auch um Männer in Berufen wie Lehrer oder Betreuungsfachmann. Eine zeitgemässe Gender-Debatte fordert mehr gemischte Teams. Sie sind nachweislich erfolgreicher.

## Eine Quote alleine hilft nicht!

Die Quote ist eines der möglichen Instrumente, damit Frauen ihr Potenzial in der Arbeitswelt umfassend ausschöpfen können, dazu gehört eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen dazu mehr Krippenplätze, Tagesschulen, flexible Arbeitsmodelle – ansonsten bringen Quoten rein gar nichts. Aber wir müssen das Problem erkennen, dass Be-

rufsfrauen heute nicht die gleichen Chancen haben, weiterzukommen wie die Männer. Entweder verschliessen wir als Wirtschaftspartei die Augen vor diesem Problem und warten, bis eine linke Lösung mehrheitsfähig ist, oder wir gehen das Problem an und suchen pragmatische und mögliche

Lösungen, wie eben unsere vorgeschlagene Position. Dies ist das Gleiche wie bei den Ausländerproblemen, wenn wir zu lange die Augen davor verschliessen, haben wir dann den Schlamassel. Und dies kann doch nicht in unserem Sinne sein.

## Monique Ryser, Präsidentin Business and Professional Women BPW Switzerland

Die Freisinnigen sind die Erfinder der Schweiz. Sie haben es geschafft, ein System zu erschaffen, in dem niemand zu viel Macht hat und alle gleichberechtigt an der Gestaltung der Schweiz teilnehmen können. Mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Vertretung der Frauen auch in den Führungsetagen der Wirtschaft führen die FDP-Frauen fort, was die Gründerväter hochhielten: Die Freiheit ist das höchste Gut, aber sie muss dann eingeschränkt werden, wenn sie dazu führt, dass einige mehr Profit daraus ziehen können als andere. Wenn 89 Prozent der Verwaltungsräte und 95 Prozent der Geschäftsleitungen aus Männern bestehen, dann ist das nicht liberal, sondern ein Systemfehler. Die FDP täte gut daran, auf ihre Frauen zu hören.

## Liberalismus heisst nicht «anything goes»

### Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP Die Liberalen Frauen Schweiz



Carmen Walker Späh

Der NZZ-Journalist Michael Schönenberger reagiert harsch darauf, dass die FDP Frauen eine Frauenquote in den öffentlichen Verwaltungen unterstützen, notabene als «Sunset legislation» mit einer Befristung von fünf Jahren, also gewissermassen eine Frauenquote «light». Die FDP Frauen – als Unterabteilung der FDP – hätten keine Berechtigung mehr, das Adjektiv «liberal» in ihrem Parteinamen zu führen. Die FDP Frauen sehen sich nicht als Unterabteilung der FDP. Dies wäre sonderbar angesichts der Anzahl Frauen in unserem Land.

Zur Debatte steht also die Frage, wer das liberale Gedankengut verwalten darf und ob es wirklich unliberal ist, eine angemessene Frauenvertretung einzufordern.

Unsere Antwort: Quoten sind sogar das Rückgrat unseres pluralistischen Bundesstaates. Hätten wir keine Quoten, gäbe es keine Romands im Bundesrat, es gäbe keinen Ständerat, es gäbe überhaupt keine paritätisch besetzten Gremien in unserem Land. Wir leben in einem Zeitalter der Überregulierung, kein Zweifel. Trotzdem ist es nicht automatisch unliberal, wenn man reguliert. Ohne Regulierung werden wir zum Beispiel die grossen Herausforderungen in der Energiepolitik nicht bewältigen können.

Liberal ist, was die Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger betrifft und ihr individuelles Fortkommen befördert, selbstverständlich mit Rücksicht auf die ganze Gemeinschaft. Angesichts der krassen Untervertretung der Frauen in den Schweizer Führungsunternehmen, und dies nachdem jede zweite Universitätsabsolventin eine Frau ist, braucht es jetzt Taten statt Worte. Wer den Begriff «Liberalismus» allerdings auf die Wirtschaft beschränkt oder meint, jede Gesetzgebung sei grundsätzlich unliberal, hat das Wesen des Liberalismus nicht erfasst. «Anything goes» ist näher beim Faustrecht und bei der Anarchie als beim liberalen Gedankengut angesiedelt.

Die Haltung der *FDP.Die Liberalen Schweiz*

## Keine Quoten, aber Abbau von Hürden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Auch der Vorstand der *FDP.Die Liberalen Schweiz* hat sich mit der Forderung nach mehr Frauen in den Chefetagen und der Einführung einer Quote auseinandergesetzt. Seine Haltung ist klar und basiert auf einer Entscheidung der kantonalen Parteipräsidenten aus dem Jahr 2011: Die Einführung von zwingenden Quoten wird abgelehnt.



Ein Mittel zur Realisierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: die konsequente Förderung von mehr Krippenplätzen – dank Bürokratieabbau und einfachen Bewilligungsverfahren.

Die Tatsache, dass relativ wenige Frauen in Führungspositionen vertreten sind, ist auch für die *FDP.Die Liberalen Schweiz* ein unbefriedigender Umstand. Zur Behebung dieser Untervertretung ist die Einführung von Quoten aus Sicht des Vorstandes der FDP Schweiz, wie auch deren kantonalen Parteipräsidenten, der falsche Ansatz. Diese Position kommt eindeutig im Faktenblatt «Familie & Gesellschaft» zum Ausdruck, welches von der Parteipräsidentenkonferenz und dem Parteivorstand im Jahre 2011 verabschiedet wurde.

### Das Potenzial ausschöpfen

Die FDP will, dass die immer besser ausgebildeten Frauen ihr Potenzial in der Wirtschaft verwirklichen können. Das ist nicht nur ein Gebot der Gleichstellung, sondern auch eine wichtige Massnahme zur Verringerung der Migration und Sicherung der Sozialwerke. Die enorm hohen Bildungsausgaben in der Schweiz rechtfertigen sich nicht zuletzt auch, wenn ein möglichst grosser Teil der Bevölkerung

dank diesen Investitionen gute Arbeitsplätze erhält und so Steuern bezahlt. Darum hat die FDP im Juni 2012 zusammen mit den FDP Frauen eine Delegiertenversammlung veranstaltet, in welcher die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf verschiedenen Ebenen gefördert werden soll. So fordern wir:

- › Abbau von absurder Bürokratie im Bereich der Krippenplätze auf schweizweit geltende Standards

- › Vollen Steuerabzug der Fremdbetreuungskosten für Kinder

- › Schaffung der rechtlichen Grundlage für den Aufbau von Tagesstrukturen in den öffentlichen Schulen durch die Kantone

- › Förderung von Teilzeitstellen, Telearbeit und Arbeit von zu Hause

Nicht zuletzt forderten die Delegierten in dem fast einstimmig verabschiedeten Papier auch «gemischte Teams bis ins obere Kader». Dies zum Beispiel durch die vermehrte Anwendung von Mentoring-Programmen.

Zur Umsetzung dieser Forderungen arbeitet die Mutterpartei mit den FDP

Frauen und den Kantonalparteien zusammen. Gemeinsam werden Mustervorstösse erarbeitet und koordiniert, welche die Umsetzung der Forderungen gezielt voranbringen sollen. Zudem leistet die FDP mit ihrem internen Mentoring-Programm selber aktive Förderung von jungen Nachwuchs-

kräften. Diese erhalten sowohl im politischen, wie auch im wirtschaftlichen Bereich eine Mentorin oder einen Mentor zugeteilt, welcher ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht und helfen kann, ein Netzwerk aufzubauen. Das Programm wird von den Nachwuchstalenten sehr geschätzt und ist für die Partei eine wichtige Investition in die Zukunft.

### Wahlfreiheit – für jeden Einzelnen

Die FDP steht für Wahlfreiheit: Die Wahl der Familienstruktur obliegt dem Einzelnen ebenso wie die Wahl des optimalen Mitarbeiters den Unternehmungen überlassen werden und nicht durch Quoten vorgegeben sein soll. Allerdings sollen Private unterstützt vom Staat möglichst gute Rahmenbedingungen erstellen, damit Familie und Beruf vereinbar sind. Damit öffnet sich auch für immer mehr Frauen der Weg in Führungspositionen.

### Arbeit und Familie müssen vereinbar sein

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss unserer Gesellschaft gelingen. Viele Haushalte sind auf zwei Einkommen angewiesen. Unsere Wirtschaft braucht die vielen gut ausgebildeten Schweizerinnen und Schweizer – andernfalls müssen wir den Fachkräftemangel durch ausländische Arbeitnehmer beheben. Wichtig sind deshalb bessere Rahmenbedingungen, damit Karriere und Familie vereinbar sind. Quoten lehnt die FDP ab. Umso mehr gefordert ist die Wirtschaft: Sie hat Teilzeitmodelle bis ins hohe Kader und

Jobsharing anzubieten. So binden Unternehmen gut Ausgebildete an sich und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.

### Wir fordern:

- › Wirtschaft und Politik sollen vermehrt auf gemischte Teams setzen und Teilzeitstellen anbieten.
- › Quoten lehnt die *FDP.Die Liberalen* ab.
- › Wahlfreiheit für Eltern bei der Kinderbetreuung: Eigenbetreuung, Tagesschule, Tagesmutter oder Krippe usw.

**FDP**

Die Liberalen

---

**Aus Liebe zur  
Schweiz –  
mit Mut und  
Verstand.**

---